

Coronakrise: für einen gerechten Zugang zu Behandlungen



Public Eye

Geschmuggelter Diesel aus Libyen: die Deals einer Zuger Handelsfirma S. 11

Der Petrobras-Skandal und die Schweizer Händler: ein Ermittler im Interview S. 20

Umfassende Analyse: Soviel verdienen Syngenta&Co mit hochgefährlichen Pestiziden S. 30



Raphaël de Riedmatten

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder möglich.

Sie sind bereits Mitglied? Herzlichen Dank! Und doppelten Dank, falls Sie jemandem eine Mitgliedschaft verschenken.

Sie sind noch nicht Mitglied? Für 75 Franken pro Jahr werden Sie es und erhalten regelmässig unser Magazin. Oder lernen Sie uns erst kennen und bestellen Sie gratis ein Testabonnement.

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören – per Antwortkarte oder auf publiceye.ch/mitglieder

Public Eye

Für eine Solidarität ohne Grenzen

Lausanne, am 3. April 2020. Noch nie zuvor hat mir die Unmittelbarkeit unserer globalisierten Welt derart stark das Gefühl vermittelt, Ihnen aus einer fernen Vergangenheit zu schreiben. Wer würde schon vorhersagen wollen, wie sich die Pandemie entwickelt hat, wenn diese Ausgabe bei Ihnen eintrifft? Angesichts der Lektion in Demut, die uns das Coronavirus erteilt, ist schwer darauf zu hoffen, dass die «Welt danach» eine andere sein wird.

Erst einmal geht es nun aber darum, die Auswirkungen von Covid-19 so gezielt wie möglich einzudämmen – und zwar überall auf der Welt. Entscheidend dafür ist ein gerechter Zugang zu Behandlungen und Impfstoffen, die gegenwärtig entwickelt werden. Es steht viel auf dem Spiel – insbesondere für jene Länder, die nicht über ein hochmodernes Gesundheitssystem und die Mittel zur Bewältigung der Pandemie verfügen.

Seit Jahren weist Public Eye auf die Gefahren des Pharma-Innovationsmodells hin, das zur Folge hat, dass zu vergleichsweise wenig profitablen Behandlungen wie Impfstoffen schlicht nicht genügend geforscht wird. Zusammen mit einer breiten Koalition von NGOs aus dem Gesundheitsbereich haben wir Ende März einen Appell an die WHO-Mitgliedstaaten gerichtet, dafür zu sorgen, dass sämtliche diagnostischen Tests, Medikamente und Impfstoffe, die sich als wirksam erweisen, gemeinsam genutzt und damit so schnell wie möglich allen Ländern und Bevölkerungsgruppen zu erschwinglichen Bedingungen zugänglich gemacht werden können.

In dieser Ausnahmesituation müssen Pharmariesen ihre lukrativen Exklusivrechte auf entscheidende Behandlungen aufgeben. Und die Staaten wie die Schweiz, die sie beherbergen, müssen aufhören, sie über Gebühr zu schützen. Nur so können wir diese Pandemie gemeinsam wirksam bekämpfen – und unzählige Leben retten. Ich wage, daran zu glauben, dass die unglaubliche Welle der Solidarität, die sich in dieser Krise auch zeigt, es schaffen wird, das Profitstreben um jeden Preis und den nationalstaatlichen Egoismus zumindest eine Zeit lang in den Hintergrund zu drängen.

Wir werden unserer Arbeit, wenn auch vorerst von zu Hause aus, weiter mit grossem Elan nachgehen – und zählen in diesen ausserordentlichen Zeiten, die uns auch auf uns selbst zurückwerfen, ganz besonders auf Ihre Unterstützung.

R. de Riedmatten

Gemeinsam gegen Covid-19

Angesichts der Bedrohung durch das Coronavirus müssen wirksame Behandlungen und Impfungen so rasch und so erschwinglich wie möglich weltweit zugänglich gemacht werden. Wir zeigen auf, was dafür nötig ist. ▶ S. 4

Zudem aus dem Bereich Pharma

Wie die Konzerne seltene Krankheiten als neue Goldgrube entdeckt haben. ▶ S. 34

Kolmar in Libyen

Der bewaffnete Konflikt in Libyen wird massgeblich durch den Schmuggel von Diesel finanziert. Wir zeichnen die Geschäfte einer Firma aus Zug mit einem libysch-maltesischen Netzwerk nach, dessen Mitglieder nun vor Gericht stehen. ▶ S. 11

Rohstoffhändler im Visier

Bei der Aufklärung des gigantischen «Lava Jato»-Korruptionsskandals in Brasilien stehen auch die Schweizer Konzerne Trafigura und Vitol im Fokus. Staatsanwalt Marcelo Ribeiro de Oliveira im Interview. ▶ S. 20

Wo unsere Bananen wachsen

Der Branchenriese Chiquita wickelt sein Europageschäft über die Schweiz ab. Wir haben uns im ecuadorianischen Tiefland umgesehen, unter welchen Bedingungen die Bananen angebaut werden. ▶ S. 24

Milliardenschwerer Pestizidmarkt

Gemeinsam mit der Rechercheabteilung von Greenpeace UK haben wir untersucht, wie viel die Agrochemiemultis mit hochgefährlichen Pestiziden verdienen. Eine unappetitliche Übersicht. ▶ S. 30



Niemand weiss, was noch kommen wird: eine Frau mit selbstgenähter Maske im Eingang zu ihrem Zuhause in einem Aussenbezirk der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires, im März 2020.



Wer kriegt Zugang zu künftigen Covid-19-Behandlungen?

Zum Zeitpunkt, als wir diese Zeilen schreiben, gibt es weder eine spezifische Behandlung für noch einen Impfstoff gegen Covid-19, das Coronavirus, das die Welt auf den Kopf stellt. Während an verschiedenen Fronten unter Hochdruck geforscht wird, stellt sich eine entscheidende Frage: Werden jene Produkte, die sich als wirksam erweisen, auf der ganzen Welt verfügbar sein? Schaut man zurück auf frühere Pandemien und führt sich die involvierten Parteien vor Augen, muss dies bezweifelt werden – obwohl die Forschung massiv vom öffentlichen Sektor unterstützt wird. Doch es existieren Lösungen, um eine faire Verteilung und bezahlbare Preise sicherzustellen. Ein Überblick.

PATRICK DURISCH

Im Juni 2009, als wegen der Schweinegrippe die Gefahr einer Pandemie drohte und zwischen den Ländern ein Kampf um den nationalen Bedarf an Impfstoffen geführt wurde, titelten wir im französischsprachigen Mitglie­dermagazin der damaligen Erklärung von Bern sinngemäss: «Wem gehört das Grippevirus A(H1N1)?» Auch wenn sich die Covid-19- und die Schweinegrippe-Pandemie in vielerlei Hinsicht unterscheiden, stellt sich heute wieder eine ähnliche Frage: Wer wird einen fairen Zugang zu den Behandlungen eines Virus' garantieren, von dem mehr als 150 Länder betroffen sind?

Die erste Priorität liegt derzeit sinnvollerweise auf Massnahmen zur Eindämmung der Coronavirus-Übertragung. Gleichzeitig werden jedoch therapeutische und prophylaktische Massnahmen entwickelt. Es ist klar, dass die zwangsläufig begrenzten Produktionskapazitäten zumindest anfangs nicht den gesamten Bedarf werden decken können. Elf Jahre nach der Schweinegrippe verfügen wir jedoch über Mechanismen, die es uns möglich machen, diese Situation besser anzugehen als damals. Möglich ist das allerdings nur unter einer Bedingung: dass alle Akteure, sowohl die Staaten wie auch die Pharmakonzerne, mitmachen! Der Reflex, die nationalen Bedürfnisse und den kurzfristigen Profit über alles andere zu stellen, darf nicht zuoberst stehen.

Was folgt, ist eine Auslegeordnung über bestehende und potenzielle Lösungen, um einen gerechten Zugang zu künftigen Behandlungen von Covid-19 zu ermöglichen. Es gilt, jetzt zu handeln; denn es stehen viele Leben auf dem Spiel.

Die Lehren aus Grippepandemien ziehen

2009 gab es angesichts der drohenden H1N1- oder Schweinegrippe-Pandemie und aufgrund von Prognosen, dass die Produktionskapazitäten nicht reichen würden, um den weltweiten Gesamtbedarf zu decken, einen regelrechten Wettlauf um Impfstoffe. Die reichen Länder, darunter auch die Schweiz, hatten bereits vorher ihre Lehren aus der Vogelgrippe H5N1 (2005 – 2007) gezogen und einen grossen Vorrat an antiviralen Medikamenten angelegt. Erinnerung sei an das berühmte Tamiflu von Roche, welches sich als für die Behandlung dieser Grippeviren völlig ineffizient erweisen sollte, nachdem es zu enormen – und letztlich unnötigen – öffentlichen Ausgaben geführt hatte.

Diese Länder gaben 2009 nun Vorbestellungen bei den Herstellern von H1N1-Impfstoffen (unter ihnen Novartis) auf, noch bevor diese überhaupt zugelassen waren. Die Schweiz sicherte sich 13 Millionen Arzneimitteldosen, die 80 Prozent der Bevölkerung versorgen sollten – für insgesamt 84 Millionen Franken. Angesichts eines

absehbaren weltweiten Mangels schaute jedes Land nur für sich, und für die weniger kaufkräftigen und privilegierten blieb kaum etwas bis gar nichts übrig. Da sich die H1N1-Pandemie als weit weniger heftig als erwartet herausstellte, hielten sich die Folgen dieses Egoismus glücklicherweise in Grenzen.

Zwar unterscheiden sich die Rahmenbedingungen für die Herstellung eines Impfstoffs gegen das Coronavirus stark von jenen bei der Grippe, doch heute sind wieder ähnliche Verhaltensmuster zu erkennen. Man denke nur an den Versuch von US-Präsident Donald Trump Anfang März, sich das deutsche CureVac-Labor unter den Nagel zu reissen, um dem amerikanischen Markt den exklusiven Zugang zu einem möglichen Covid-19-Impfstoff zu sichern (siehe Seite 9). Trump wäre bereit gewesen, dafür eine Milliarde US-Dollar aufzuwerfen, wenn die Aktion nicht von den aufgebracht deutschen und europäischen Behörden zum Scheitern gebracht worden wäre. Die Frage der Bevorzugung bestimmter Nationen ist wieder aktueller denn je und wird mit der Lancierung von zwangsläufig nur begrenzt verfügbaren Covid-19-Behandlungen oder -Impfstoffen zusätzlich angefacht werden. Deshalb müssen griffige und konzertierte Massnahmen getroffen werden, um den Zugang für alle zu sichern und die Lehren aus früheren Krisen zu ziehen.

Den bestehenden internationalen Rahmen nutzen

Im Gegensatz zu 2009 verfügt die internationale Gemeinschaft heute über einen internationalen Mechanismus, an dem sie sich orientieren kann: den 2011 verabschiedeten Rahmen für die Vorbereitung auf eine Influenza-Pandemie (Englisch: Pandemic Influenza Preparedness; PIP) der Weltgesundheitsorganisation WHO. Er soll durch die Festlegung klarer Regeln für den Austausch von Viren mit Pandemiepotenzial sowie die Aufteilung des durch deren Erforschung gewonnenen Nutzens eine bessere Reaktion auf solche Krisen ermöglichen. Der Rahmen, der zwischen den Mitgliedstaaten insbesondere in Bezug auf die Patentfrage zäh ausgehandelt wurde, sieht wenigstens ein Minimum an Verteilung von Behandlungen oder Impfstoffen vor.

Davor hatten die Pharmakonzerne völlig freien Zugang zum Labornetz der WHO, das Virusstämme in Echtzeit austauschte. Die Konzerne, darunter Novartis, nutzten dies aus, um Patente auf das virale Material anzumelden, ohne den daraus gezogenen Nutzen zu teilen. Eine Praxis, die das Übereinkommen über die biologische Vielfalt als Biopiraterie qualifiziert. Als die von der Vogelgrippe am stärksten betroffenen Länder, allen voran Indonesien, merkten, dass sie kaum Zugang zu den Impfstoffen bekamen, die dank des Austauschs «ihrer» Viren hatten entwickelt werden können, forderten sie von der WHO strengere Regeln, die verhindern, dass die

H5N1-Viren von den Pharmakonzernen unrechtmässig und ohne Gegenleistung privatisiert werden können.

Der PIP-Rahmen verpflichtet nun Akteure ausserhalb des WHO-Netzes, für den Zugang zu den ausgetauschten Grippeviren einen finanziellen Beitrag zu leisten. Bevor sie die Ressourcen nutzen können, müssen sie zudem mit der WHO einen Vertrag aushandeln, der insbesondere Verpflichtungen bezüglich des Nutzens beinhaltet, der aus der Forschung hervorgeht. Bisher wurden mit den grössten Herstellern 13 derartige Verträge geschlossen, wodurch sich die WHO rund 420 Millionen Dosen Pandemie-Impfstoff – viermal mehr, als sie 2009 erhielt – sowie 10 Millionen Packungen antiviraler Behandlungen gesichert hat. Die finanziellen Beiträge beliefen sich bis Ende Dezember 2019 auf rund 200 Millionen Dollar. Mit diesem Betrag konnten die Pandemievorsorgemassnahmen in weniger gut gerüsteten Ländern verstärkt und das WHO-Netz zum Austausch von Grippeviren mitfinanziert werden.

Zwar gilt dieser Rahmen derzeit nur für Influenzaviren mit Pandemiepotenzial, doch die WHO und die Staaten könnten dessen Modalitäten durchaus auch auf die Covid-19-Pandemie anwenden. So könnte die internationale Gemeinschaft beschliessen, dass die WHO einen Teil der von den Pharmaunternehmen hergestellten Diagnostiktests, Behandlungen und Impfstoffe für Covid-19 an Länder vergibt, denen solche fehlen, oder dass sie Lizenzen für die lokale Produktion erteilt.

Garantieren, dass sich öffentliche Investitionen auszahlen

Wenn es um den Zugang zu Medikamenten geht, ist die Frage des Preises zentral. Den Staaten stehen mehrere Hebel zur Verfügung, um dafür zu sorgen, dass künftige Covid-19-Behandlungen oder -Impfstoffe zu einem erschwinglichen Preis vertrieben werden. Das beginnt damit, dass die Forschung durch massive öffentliche Investitionen überhaupt erst ermöglicht wird. Die US-Regierung hat seit der SARS-Krise 2003 mehr als 700 Millionen Dollar – mehr als jedes andere Land – in die Coronavirus-Forschung investiert und finanziert weiterhin mehrere Projekte mit. Auch die EU hat mehrere Millionen Euro für Covid-19 ausgegeben: über ihr Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 (von dem auch die Schweiz profitiert), durch öffentlich-private Partnerschaften sowie mittels Darlehen der Europäischen Investitionsbank – ganz zu schweigen von den umfassenden nationalen Subventionen zur Unterstützung der Entwicklungsbemühungen. Die Schweiz hat im Rahmen einer Ausschreibung für Coronavirus-Forschungsprojekte über den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) fünf Millionen Franken zur Verfügung gestellt – eine Premiere in dieser Form. Diesen öffentlichen Finanzierungen ist es zu verdanken, dass Pharmaunternehmen Diagnostiktests, Behandlungen und Impfstoffe gegen Covid-19 entwickeln können.



© Aaron Favila/AP/Keystone



Doch die öffentlichen Investitionen sind an keinerlei Bedingungen bezüglich des Endpreises geknüpft. Das Ergebnis: Die Öffentlichkeit zahlt für die Forschung, die Pharmakonzerne melden Patente an und setzen ihre Preise durch. Das bedeutet, dass die Bevölkerung gleich doppelt zur Kasse gebeten wird: erst über die Steuern und dann für die Gewinnmargen der Pharmakonzerne, die ihren Profit maximieren können, ohne darüber Rechenschaft ablegen zu müssen. Dabei hätten die Staaten die rechtlichen Mittel, ihre Finanzierung an Bedingungen zu knüpfen, beispielsweise an bezahlbare Preise für sämtliche entwickelten Produkte. Doch weil der politische Wille fehlt, lässt man die Konzerne gewähren – selbst auf die Gefahr hin, der eigenen Bevölkerung zu schaden.

Die USA beispielsweise können dank einer Klausel in ihrer Gesetzgebung eingreifen, wenn eine Behandlung, die mittels öffentlicher Investitionen entwickelt wurde, aufgrund ihres Preises schwer zugänglich ist. Im Pharmabereich wurde diese Klausel jedoch bislang nie angewandt. Als Gesundheitsminister Alex Azar im vergangenen Februar von Kongressabgeordneten dazu befragt wurde, konnte er nicht einmal garantieren, dass zukünftige Covid-19-Behandlungen und Impfstoffe zu erschwinglichen Preisen verfügbar sein werden – trotz der erheblichen finanziellen Beteiligung der Steuerzahlenden an deren Entwicklung.

Die Staaten müssen eine Zugänglichkeitsklausel für all ihre Finanzierungen einbauen, damit sie über eine Handhabe verfügen, falls die Pharmaindustrie von der Situation profitieren und die Preise in die Höhe treiben sollte. Die aus der Forschung gewonnenen Therapien und Impfstoffe sind angesichts der bedeutenden Finanzhilfen der Regierungen als öffentliche Güter zu betrachten. Die Regierungen müssen angemessene Preise und Transparenz einfordern können. Ende März riefen rund 70 Patientengruppen und NGOs, darunter Public Eye, die europäischen Behörden auf, gegenüber den Regierungen in diese Richtung aktiv zu werden.

Die Covid-19-Technologien bündeln

Geht es um die Kommerzialisierung und den Preis von Behandlungen oder Impfstoffen, stehen das sakrosankte geistige Eigentum und sonstige kommerzielle Vorteile allzu oft über dem öffentlichen Interesse. Angesichts des Ausmaßes der gegenwärtigen Krise sind nun sogar aus dem liberalen Lager Stimmen zu hören, dass die schädlichen Auswirkungen von Patenten eingeschränkt werden müssen.

Im Februar forderten 46 Abgeordnete des US-Kongresses die Regierung auf, keine Exklusivlizenzen an Unternehmen zu erteilen, die öffentlich finanzierte Covid-19-Behandlungen entwickeln. Denn damit würde ihnen eine Monopolstellung gewährt, ohne dass sie im Gegenzug erschwingliche Preise garantieren müssten. Die Forderung blieb jedoch chancenlos. Die Pharmaindustrie demonstrierte stattdessen ihre Lobbymacht im Rahmen der Pandemic Bill der Trump-Administration, die Finanzmittel in der Höhe von über acht Milliarden Dollar vorsieht (drei davon allein für Behandlungen oder Impfstoffe): Alle verbindlichen Klauseln zum geistigen Eigentum oder zur Auferlegung einer Form von Preiskontrolle wurden gestrichen. Die Botschaft ist klar: Die Pharmakonzerne wollen absolute Handlungsfreiheit bewahren und jeden Präzedenzfall vermeiden, der ihre Gewinnmargen schmälern könnte – globale Krise hin oder her.

Dabei könnte man noch viel weiter gehen. Angesichts des Ausmaßes der Krise und des Umfangs der öffentlichen Finanzmittel, die für deren Bewältigung aufgeworfen werden, wäre die beste Lösung für eine effiziente globale Reaktion die Schaffung eines gemeinsamen Pools, in dem die Rechte an allen Technologien zur Prävention, Erkennung und Behandlung von Covid-19 auf WHO-Ebene gebündelt würden. Durch einen solchen Mechanismus könnte weltweit ein fairer Zugang zu und eine ausgewogene Verteilung von Diagnostiktests, Medikamenten, Impfstoffen und Ausrüstungen (Masken, Beatmungsgeräte usw.) sichergestellt werden. Als eine Art Schnittstelle wäre die WHO befugt, die Rechte an geistigem Eigentum (Lizenzen) und andere für die Pro-



duktion und den raschen Einsatz dieser Technologien erforderliche Daten umzuverteilen. Damit könnte der Behandlungs- und Impfstoffbedarf besser – und über einzelstaatliche Prioritäten und die Gesetze der Kaufkraft hinaus – gedeckt werden.

Costa Rica hat bei der UN-Agentur einen formellen Antrag für einen solchen Pool gestellt. Mehrere Vertreter der Zivilgesellschaft, darunter Public Eye, haben Ende März einen offenen Brief an die WHO und ihre Mitgliedstaaten gesandt, in dem sie Costa Ricas Antrag unterstützen. Wir fordern die sofortige Einrichtung eines solchen Pools, bevor die ersten Behandlungen zugelassen werden – und der Verteilungskampf beginnt.¹

Zwangslizenzen gegen exzessive Preise

Wenn alle oben genannten Mechanismen zur Umverteilung von Behandlungen und Verhinderung von exorbitanten Preisen nicht ausreichen (oder solange diese nicht umgesetzt sind), verfügen die Staaten immer noch über das Mittel der Zwangslizenz für patentierte Medikamente. Mit diesem nach internationalem Recht anerkannten Instrument können sie das Monopol auf ein Arzneimittel vorübergehend aufheben, um dieses entweder selbst herzustellen oder günstigere Generika zu importieren.

Im März haben Chile und Ecuador sowie, eher überraschenderweise, auch G20-Länder wie Deutschland und Kanada erste politische Schritte unternommen, um die Erteilung von Zwangslizenzen zu erleichtern, falls sich die Diagnostiktests, Behandlungen oder Impfstoffe für Covid-19 als zu teuer oder knapp erweisen sollten. Und Israel hat kürzlich erstmals damit gedroht, eine Generikaversion des antiretroviralen Medikaments Kaletra des US-Konzerns AbbVie einzuführen, das gegen Covid-19 wirksam sein könnte (siehe Seite 9). Dies, obwohl Kaletra noch bis 2024 unter Patentschutz steht. Dieses Vorgehen, das de facto einer Zwangslizenz gleichkommt, zeigt sofortige Wirkung: Das amerikanische Pharmaunternehmen erlaubte Israel die Einfuhr eines Generikums.

Werden sich andere Länder von diesem Präzedenzfall inspirieren lassen? Wird es eine Reihe von Zwangslizenzen im Zusammenhang mit Covid-19-Behandlungen geben, allenfalls auch in reichen Ländern, die sich bislang gegen dieses Instrument gewehrt haben? Das hängt in erster Linie von der Bereitschaft der Pharmaindustrie ab, von sich aus für angemessene Preise und eine faire Versorgung zu sorgen.

Das öffentliche Interesse priorisieren

Die Coronakrise führt uns auf brutale Art und Weise die Defizite des aktuellen Innovationsmodells der Pharmaindustrie vor Augen; angefangen bei den Forschungsprioritäten. Trotz nachdrücklicher Aufforderungen vonseiten der Regierungen, die massiv in die Bekämpfung von Covid-19 investieren, hat die Big Pharma wenig Lust gezeigt, sich in der Erforschung und Entwicklung neuer Behandlungen oder Impfstoffe zu engagieren. Der Bereich ist schlicht nicht so profitabel wie jener der nicht übertragbaren Krankheiten wie Krebs, wo hohe Gewinnmargen und eine lange Behandlungsdauer winken.

Abgesehen von wenigen Ausnahmen lassen die Pharmariesen kleinere Unternehmen die grössten Risiken auf sich nehmen. Sie wissen, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder ins Spiel kommen werden, denn nur sie können im grossen Stil produzieren. Der Schweizer Riese Novartis etwa ist an der Forschung zu Covid-19 (abgesehen von Spenden, siehe Seite 9) gar nicht beteiligt. Er hat seine Impfstoffabteilung 2014 an die britische GSK verkauft und besitzt kein auf antivirale Arzneimittel spezialisiertes Labor mehr. Der zweite Basler Pharmamulti Roche ist etwas aktiver: Als einer der Marktführer im Bereich der Diagnostik entwickelt er Covid-19-Tests und hat sein Medikament Actemra bis zu dessen Zulassung in gewissen Mengen zur Verfügung gestellt.

¹Weitere Informationen dazu finden Sie in unserer Medienmitteilung auf publiceye.ch/medien

Die Strategie hat sich bestens bewährt: Man wartet ab, bis eine Behandlung erste Erfolge zeigt, bevor man ins Rennen einsteigt – und sich die Rechercheergebnisse nachträglich notfalls mit Milliardenbeträgen sichert. Diese Strategie ist nicht nur bei Covid-19 zu beobachten, sondern auch bei seltenen Krankheiten (siehe den Artikel auf Seite 34) oder Krebs. Das Problem ist grundsätzlicher Natur: Die Prioritätensetzung der Pharmakonzerne wird in erster Linie von Monopolrechten und Profitaussichten bestimmt – und nicht von den Bedürfnissen und Prioritäten der öffentlichen Gesundheit.

Wie, wenn nicht durch das Desinteresse der Pharmaindustrie nach dem Abklingen der SARS-Krise, lässt sich erklären, dass wir heute – siebzehn Jahre später – nicht einmal einen Prototyp eines Coronavirus-Impfstoffs haben? Die US-Regierung hat zwar 700 Millionen Dollar in diesen Bereich investiert, aber akademische Institute und Start-ups können nicht alles alleine machen; das gilt besonders für die fortgeschrittenen Testphasen und noch mehr für die Produktion selbst. Wir zahlen heute auch den Preis dafür, dass sich die Staaten aus der Impfstoffproduktion zurückgezogen haben. Die Staaten müssen die Möglichkeit zurückerlangen, selbst Impfstoffe herzustellen oder die Produktion zu konfiszieren, wenn die Situation es erfordert.

Patente und exklusive Lizenzen verschaffen den Pharmakonzernen eine Monopolstellung, die ihnen die Durchsetzung extrem hoher Preise für Technologien erlaubt, die mithilfe öffentlicher Gelder entwickelt wurden. Das gilt bei weitem nicht nur für Covid-19. In den USA, dem Land, das alleine 50 Prozent des globalen Pharmamarktes ausmacht, steckt die Regierung jährlich etwa 40 Milliarden Dollar in Innovationen im Gesundheitswesen – über 500 Milliarden in den letzten 20 Jahren. Die öffentlichen Mittel haben zur Entwicklung von sämtlichen 210 neuen Medikamenten beigetragen, die zwischen 2010 und 2016 in den USA zugelassen wurden, darunter viele Krebsbehandlungen und Gentherapien für seltene Krankheiten.

Immer mehr Studien zeigen, dass Innovation nicht mehr wirklich in den Labors der grossen Pharmakonzerne geschieht, sondern in Start-ups oder in akademischen Einrichtungen. Ist das ein Problem? Ja, wenn man bedenkt, dass die Pharmariesen ihre horrenden Preise mit den (in Tat und Wahrheit immer geringeren) eingegangenen Risiken und den hohen Investitionen in Forschung und Entwicklung rechtfertigen, obwohl die risikoreichsten Phasen eben oft von anderen Akteuren und mithilfe öffentlicher Mittel durchgeführt werden. Da die Behandlungskosten hauptsächlich von den Sozialversicherungen oder, wo solche nicht oder kaum existieren, von den Patientinnen und Patienten selbst getragen werden, bezahlt die Gesellschaft für das Gewinnstreben der Pharmakonzerne einen enormen Preis.

Die Krise als Motor für einen Wandel

Die beispiellose Gesundheitskrise, die wir heute durchleben, muss die verschiedenen Akteure veranlassen, das Innovationsmodell in der Pharmaindustrie zu überdenken. Die Regierungen leisten ihren Beitrag durch die Investition von öffentlichen Geldern in die Forschung und Entwicklung neuer Behandlungen, doch gleichzeitig müssen sie die Monopolstellung der Unternehmen einschränken, um missbräuchliche Preise zu verhindern und den Zugang zu Behandlungen sicherzustellen. Die Möglichkeiten dazu müssen genutzt und ausgeweitet werden, um ein besseres Gleichgewicht zwischen privaten und gesellschaftlichen Interessen herzustellen.

Auch die Pharmaunternehmen müssen ihre Verantwortung wahrnehmen und sich bemühen, alle Bedürfnisse der öffentlichen Gesundheit zu berücksichtigen – und nicht nur diejenigen, die viel einbringen – sowie faire und transparente Preise festzulegen, die den tatsächlichen Investitionen und Risiken entsprechen. Bei einer Pressekonferenz des Weltpharmaverbands IFPMA zu Covid-19-Therapien, die derzeit entwickelt werden, sagte Severin Schwan, der CEO von Roche, es gehe jetzt nicht um Profitinteressen. Die Herausforderungen seien die Produktionskapazitäten und der Zugang. Wir nehmen ihn beim Wort und werden genau hinschauen, ob diese Prioritäten Bestand haben.

UNSERE EMPFEHLUNGEN ANGESICHTS DER COVID-19-KRISE – UND DARÜBER HINAUS:

1. Eine gerechte Verteilung der medizinischen Technologien auf globaler Ebene gemäss der für Grippepandemien geschaffenen Rahmenbestimmungen.
2. Eine WHO, die befugt ist, die Rechte an geistigem Eigentum sowie alle erforderlichen Daten für die Produktion und den Zugang zu Covid-19-Technologien global umzuverteilen.
3. Verträge über öffentliche Forschungsfinanzierung, die Bedingungen bezüglich des Endpreises enthalten sowie Interventionsmöglichkeiten, falls diese unerschwinglich sind.
4. Der Einsatz von Zwangslizenzen, wenn der Zugang zu patentierten Produkten aufgrund unerschwinglicher Preise oder einer unzureichenden Versorgung nicht gewährleistet ist.
5. Eine Reform des Pharma-Innovationsmodells, um den Prioritäten der öffentlichen Gesundheit besser gerecht zu werden.

Covid-19: der Stand der Forschung

Verschiedene Akteure arbeiten an mehreren Fronten an der Entwicklung von Behandlung oder Impfstoffen. Ende März 2020 waren im WHO-Register unter dem Stichwort Covid-19 bereits über 500 klinische Studien zu finden.

PATRICK DURISCH

Bei zahlreichen der derzeit durchgeführten klinischen Studien werden bestehende Therapien «rezykliert», um herauszufinden, ob sie auch geeignet sind, um die Übertragung des Coronavirus zu verlangsamen oder den Verlauf der Krankheit zu mildern. Des Weiteren forschen rund zwanzig private und öffentlichen Einrichtungen, oft in Partnerschaften, zu möglichen Impfstoffen. Doch klar ist: Bis ein Impfstoff verfügbar ist, wird es mehrere Monate dauern. Für die aktuelle Pandemiewelle muss daher auf antivirale oder symptomatische Behandlungen zurückgegriffen werden. Einige davon könnten, falls sie sich als wirksam erweisen, rasch auf den Markt kommen.

Hier ein Überblick über die Lage Ende März 2020. Eine fortlaufende Aktualisierung ist auf der Website der Weltgesundheitsorganisation WHO (www.who.int) zu finden.

Behandlungen

- Das US-Unternehmen Gilead scheint mit seinem **Remdesivir (GS-5734)** derzeit die Nase vorn zu haben. Das ursprünglich zur Bekämpfung des Ebolavirus entwickelte und bisher noch nie zugelassene Virostatikum zeigte im Labor ein Potenzial, das Coronavirus zu hemmen. Fünf Bestätigungstests der Phase III sind im Gange. Bis zu Phase II wurde die Entwicklung des Medikaments hauptsächlich durch öffentliche Gelder im Rahmen von Ebola-Bekämpfungsprogrammen finanziert. Dennoch hat Gilead mehrere Patente auf Remdesivir erhalten, vier davon in Europa, die auch in der Schweiz gültig sind. Remdesivir hatte in den USA den Status als Orphan Drug, also als Behandlung für eine seltene Krankheit, erhalten – obwohl es sich um eine Pandemietherapie handelt! Auf Druck der Zivilgesellschaft (darunter Public Eye) gab Gilead den Status auf. Da Remdesivir als eine der ersten Behandlungen dieser Art auf den Markt kommen dürfte, wird sein Preis wahrscheinlich hoch sein. Firmen aus China und Indien haben die Entwicklung eines Generikums von Remdesivir angekündigt.
- Auch Roche ist mit seinem ursprünglich für die Behandlung von entzündlichen Autoimmunkrankheiten vermarktetem Immunsuppressivum **Tocilizumab (Actemra®)** gut aufgestellt. Laut einer chinesischen Studie könnte dieser monoklonale Antikörper bei schweren, durch Covid-19 verursachten Pneumonien gegen eine Überreaktion des Immunsystems wirken. Die Behandlung ist zwar noch nicht für diese Indikation zugelassen, wird aber in China und Italien bereits verwendet, da Roche umfangreiche Spenden für sein Produkt gesprochen hat. Der Basler Konzern hat kürzlich einen klinischen Versuch der Phase III mit 330 Teilnehmenden lanciert, um die Wirksamkeit der Behandlung zu prüfen. Zwar steht diese seit 2017 nicht mehr unter Patentschutz, derzeit existiert jedoch noch keine (bio-) generische Alternative. Eine monatliche Standarddosis Actemra (400mg/20ml) kostet in der Schweiz ungefähr 1000 Franken, in Schwellenländern zwischen 400 und 800 Dollar. Sie kann ein Jahr lang monatlich verlängert werden. Der französische Konzern Sanofi und die amerikanische Regeneron testen nächstens ein ähnliches Medikament namens **Sarilumab (Kevzara®)**.
- Mehrere antivirale Medikamente, die ursprünglich gegen HIV/AIDS, Hepatitis C oder die Grippe eingesetzt wurden, werden ebenfalls auf Covid-19 getestet. Die Kombination **Lopinavir/Ritonavir (Kaletra®)** des amerikanischen Unternehmens AbbVie, die bereits während früherer Coronavirus-Epidemien (SARS, MERS) untersucht wurde, schien erst vielversprechend. Die jüngsten Ergebnisse aus Studien mit 200 schwer an Covid-19 Erkrankten im chinesischen Wuhan zeigten jedoch keine positiven Auswirkungen im Vergleich zur standardmässigen Behandlung auf der Intensivstation. Ausserdem steht die Behandlung in gewissen Ländern, etwa in China, unter Patentschutz und kann deshalb ziemlich teuer sein. In der Schweiz kostet sie etwa 650 Franken pro Monat. Es gibt jedoch viel billigere Generika: Sie kosten teils weniger als 20 Dollar pro Monat. Ersten Ergebnissen aus Tests an 340 Patientinnen und Patienten in Wuhan und Shenzhen zufolge scheint das Grippemittel **Favipiravir (Avigan®)** der japanischen Firma Fujifilm ein vielversprechendes antivirales Mittel zu sein. Sein Patent ist im August 2019 abgelaufen, chinesische Generika existieren. In der Schweiz ist es nicht zugelassen.
- In der Presse war auch viel über **Chloroquin** zu lesen, ein vor über siebzig Jahren entdecktes Malariamedikament, das manchmal auch bei Autoimmunkrankheiten eingesetzt wird. Laut einer chinesischen Studie zeigte eine klinische Studie mit mehr als hundert hospitalisierten Patienten und Patientinnen vielversprechende Ergebnisse. Es laufen mehrere internationale Versuche zur

Wirksamkeit und Sicherheit von Chloroquin bei der Behandlung von Covid-19, unter anderem in den USA und in Frankreich. Die Wissenschaft ist geteilter Meinung. Mangels zugelassener Arzneimittel behandeln das Universitätsspital Lausanne (CHUV) und mehrere andere Krankenhäuser in der Schweiz zwischenzeitlich manche Schwerkranke mit Chloroquin. Weltweit stellen zahlreiche Konzerne Chloroquin her, darunter Novartis (über seinen Generikahersteller Sandoz), die französische Sanofi (Plaquenil®), die deutsche Bayer (Resochin®) und die israelische Teva (die den Schweizer Generikahersteller Mepha kontrolliert). Das Molekül ist längst patentfrei und damit preiswert: Eine Schachtel mit 30 Tabletten Plaquenil® kostet in der Schweiz nur einige Franken. Die Hersteller könnten jedoch versucht sein, von der bereits starken Nachfrage zu profitieren und den Preis zu erhöhen. Dies scheint sich in den USA abzuzeichnen, wo ein Hersteller die Verdoppelung des Preises angekündigt hat. Novartis hat beschlossen, bis Ende Mai bis zu 130 Millionen Dosen Chloroquin bereitzustellen, sobald seine Verwendung im aktuellen Kontext anerkannt ist. Andere Hersteller stellen in Aussicht, dasselbe zu tun.

- Ein weiterer wichtiger Ansatz ist die sogenannte «passive Antikörpertherapie», bei der das **Serum rekonvaleszenter Covid-19-Patientinnen und -Patienten** verwendet wird. Dies kann eine gute Lösung zur Prophylaxe oder Frühbehandlung sein. Diese Methode wurde schon früh angewandt, beispielsweise während der Grippepandemie 1918, wie auch bei jener 2009 wieder. Da jede virale Epidemie anders ist, werden zurzeit Studien durchgeführt.

Die WHO kündigte Mitte März die Lancierung eines globalen klinischen Versuchs namens «SOLIDARITY trial» an. Damit sollen – gemeinsam statt einzeln – die wichtigsten potenziellen Covid-19-Behandlungen verglichen werden, um ausfindig zu machen, welche Therapie unter welchen Umständen die effizienteste ist. Die Schweiz hat sich zusammen mit neun anderen Ländern (weitere werden wahrscheinlich folgen) bereit erklärt, an dieser begrüssenswerten Initiative teilzunehmen.

Impfstoffe

Rund zwanzig private Unternehmen und akademische Einrichtungen beteiligen sich am Wettlauf um einen Impfstoff. Am weitesten ist die amerikanische Firma Moderna: Sie startete in den USA am 16. März, nach einer Rekordzeit von 42 Tagen ab Identifizierung des Virus, den ersten klinischen Versuch eines potenziellen Covid-19-Impfstoffs am Menschen. Andere sind ihr auf den Fersen, befinden sich derzeit aber noch in einem präklinischen Stadium, darunter das von Donald Trump umworbene deutsche CureVac-Labor sowie die Pharmariesen Johnson & Johnson (USA), GlaxoSmithKline (UK), Pfizer (USA) und Sanofi (Frankreich). Die beiden grössten Geldgeberinnen dieser Forschungsaktivitäten sind die US-Regierung und die Coalition for Epidemic Preparedness Innovations (CEPI), eine 2017 gegründete öffentlich-private Partnerschaft mit Sitz in Norwegen. CEPI finanziert acht Projekte, die von öffentlichen (etwa dem Institut Pasteur) oder privaten Einrichtungen durchgeführt werden. Auch das in der Schweiz ansässige Biotech-Unternehmen Alpha O-Peptides soll an einem Impfstoff arbeiten. ■





DIRTY OIL



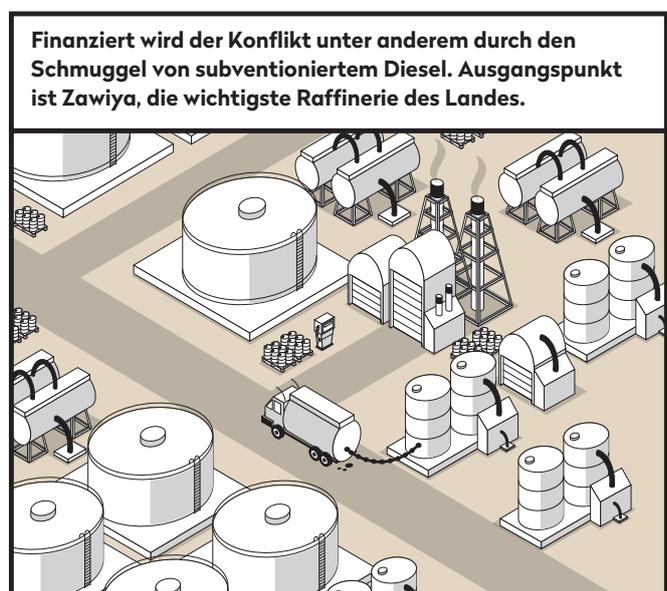
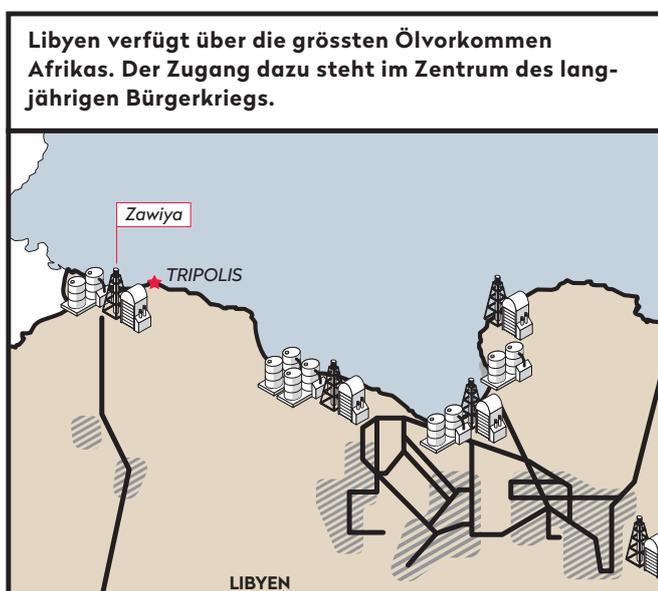
Schmuggel von libyschem Diesel: die zweifelhaften Deals einer Zuger Firma

Im vom Bürgerkrieg gebeutelten und zersplitterten Libyen machen kriminelle, international organisierte Gruppen ein goldenes Geschäft mit dem Schmuggel von Treibstoff. Ihre Verbindungen reichen bis in die Schweiz, wie Public Eye im März gemeinsam mit TRIAL International publik gemacht hat: Die Rohstoffhandelsfirma Kolmar Group AG mit Sitz in Zug hat zwischen 2014 und 2015 mit einem mächtigen Netzwerk Geschäfte gemacht, dessen Mitglieder mittlerweile vor Gericht stehen. Aufzeichnung einer aufwendigen Recherche zwischen Libyen, Malta, Sizilien und der Schweiz.

AGATHE DUPARC, MONTSE FERRER UND ANTOINE HARARI

Es ist der 18. April 2018, wir sind an einem internationalen Treffen zur Bekämpfung von Erdöl- und Treibstoffdiebstahl in einem grossen Genfer Hotel, und am Rednerpult steht ein Mann mit akkurat getrimmtem Bart: Mustafa Sanalla, Präsident der National Oil Corporation (NOC). Innerhalb der nationalen Erdölgesellschaft Libyens stehen sich nach schweren territorialen Auseinandersetzungen zwei verfeindete Betriebszweige gegenüber: Auf der einen Seite Sanallas «westliche» NOC mit Sitz in Tripolis, die alleinberechtigt ist, Ausfuhrverträge für libysches Rohöl abzuschliessen, und auch das Monopol auf den Import und Export von Erdölprodukten wie Benzin und Diesel hat. Auf der anderen Seite die «östliche» NOC mit Sitz in Benghazi, die unter dem Kommando von General Chalifa Haftar steht, der im April 2019 eine Offensive auf die international anerkannte «Regierung der Nationalen Übereinkunft» von Fayez al-Sarra lancierte. Sanalla lässt kaum eine Gelegenheit aus, der «östlichen» NOC vorzuwerfen, sie versuche, ohne das Einverständnis von Tripolis Rohöl zu exportieren.

Heute aber geht es ihm um den Schmuggel von Treibstoff, der «die libysche Wirtschaft ausbluten lässt und den bewaffneten Konflikt verlängert», wie er einem Publikum von Expertinnen und Experten gegenüber sagt. «Ich empfinde alles andere als Freude, heute als Vertreter eines Landes dazustehen, in dem der illegale Handel mit Treibstoff so verbreitet ist, und in dem sich Schmuggler auf Kosten der gesetzestreu, libyschen Bevölkerung unglaublich bereichern können.» 30 bis 40 Prozent der jährlich in Libyen produzierten oder ins Land importierten Treibstoffe würden entweder gestohlen oder in angrenzende Länder und nach Europa geschmuggelt, schätzt er. In der Staatskasse fehlten so 750 Millionen US-Dollar pro Jahr. «Stellen Sie sich vor, was mit diesen Geldern alles finanziert werden könnte, um das Leben der Bevölkerung zu verbessern: Spitäler, Medikamente, Schulen, Wohnungen!» Einen Punkt betont er besonders: «Vergessen Sie nicht: Gäbe es keine internationalen Abnehmer für libysche Treibstoffe, könnte es auch keinen Schmuggel geben.» Mustafa Sanalla hat natürlich recht: Ohne die Unternehmen, die illegale Erdölprodukte



aufkaufen und somit einen Markt ausserhalb Libyens schaffen, würden diese kriminellen Netzwerke bald austrocknen. Nur: In diesem intransparenten Sektor ist es sehr schwierig, herauszufinden, welche Unternehmen in solche Deals verwickelt sind.

Ein «internationaler Abnehmer» namens Kolmar

Gemeinsam mit der NGO Trial International konnten wir nun jedoch nach einer umfassenden Recherche aufzeigen, welche Rolle ein Schweizer Unternehmen in diesem Geschäft gespielt hat: die Kolmar Group AG mit Sitz in Zug, die mit Erdölprodukten und Agrotreibstoffen handelt. Zwischen Frühling 2014 und Sommer 2015 hat diese Firma gemäss unseren Informationen über zwanzig Schiffs-ladungen – oder insgesamt über 50 000 Tonnen – Diesel aus Libyen entgegengenommen; in Tanklagern, die sie in Malta angemietet hatte.

Für die Deals liess sich Kolmar mit zweifelhaften Mittelsmännern ein: mit Fahmi Ben Khalifa – auch «Fahmi Slim» genannt –, der unter Muammar Gaddafi wegen Drogenhandels verurteilt worden war. Und mit dessen Partnern Darren und Gordon Debono, zwei maltesischen Geschäftsmännern. Wir können Zahlungen von insgesamt über elf Millionen Dollar von Kolmar an eine kleine maltesische Gesellschaft belegen, die damals von Darren Debono kontrolliert wurde.

Im März 2016 identifizierte die UNO-Experten-gruppe zu Libyen Ben Khalifa als Kopf eines der aktivsten Netzwerke im libyschen Treibstoffschmuggel. Im Herbst 2017 dann gelang es der Guardia di Finanza von Catania, der sizilianischen Polizei für Wirtschaftsdelikte, dieses Netzwerk komplett auszuschalten. Fahmi Ben Khalifa, Darren und Gordon Debono sowie sieben weitere Personen sind nun wegen «transnationaler Verschwörung zum Weisswaschen von illegal gehandeltem Diesel sowie Betrug» angeklagt. Der im Herbst 2018 in

Syrakus auf Sizilien gestartete Prozess ist noch im Gange; das Urteil dürfte im Verlauf des Jahres 2020 gefällt werden. Den Angeklagten drohen Freiheitsstrafen von bis zu zwanzig Jahren.

Die Operation «Dirty Oil»

Im Januar 2015 hatte die Guardia di Finanza unter höchster Geheimhaltung eine Operation lanciert, die durchaus als Vorlage für einen James-Bond-Film dienen könnte. Ihr Deckname: «Dirty Oil». Für Fahmi Ben Khalifa interessieren sich die Behörden zuerst wegen dessen angeblicher Rolle im Schmuggel von Migrantinnen und Migranten. Im Laufe der Ermittlungen stossen sie auf weitere verdächtige Aktivitäten. Sie finden heraus, dass der Libyer Kontakte unterhält mit Darren Debono, einem ehemaligen maltesischen Fussballprofi, der nun offiziell in der Fischerei tätig ist.

Der frühere Nationalspieler hat auf Sizilien für seine Firmen High-Tech-Satellitentelefone erworben, was nicht recht zu seiner angeblichen Rolle als Chef eines Fischereiunternehmens passen will. Darren Debono kontrolliert mehrere Gesellschaften, darunter die beiden auf Malta ansässigen Oceano Blu Trading Ltd und ADJ Trading Ltd. An letzterer ist als Partner auch der Libyer Fahmi Ben Khalifa beteiligt. Dessen beide Öltanker namens Basbosa Star und Amazigh F navigieren regelmässig entlang der libyschen Küste, wie die Ermittlungen zeigen. Bald ist auch ein weiterer maltesischer Verdächtiger identifiziert: Der Geschäftsmann Gordon Debono, der nicht mit dem Fussballer verwandt ist, gerne Sportwagen fährt und damit angibt, Ferrari-Modelle in allen erhältlichen Farben zu besitzen. Auf dessen kleine Handelsfirma Petroplus Ltd sind zwei Schiffe registriert, die Ruta und die Selay, die ebenfalls oft entlang der Küste Libyens unterwegs sind. Die drei Männer haben weitere Komplizen auf Sizilien.

Zwischen 2014 und 2016 stand die Raffinerie unter der Kontrolle der Miliz Shuhada al Nasr, die auch in Schmuggel von Menschen involviert ist.



In Absprache mit ihr etablierte Fahmi Ben Khalifa, ein bis zum Sturz Gaddafis inhaftierter Drogenhändler, sein Schmuggler-Netzwerk.



Eine gut geölte Maschinerie

Die italienischen Ermittler finden heraus, wie das Netzwerk vorgeht. Startpunkt ist Zawiya, eine Küstenstadt 45 Kilometer westlich von Tripolis, in der sich die wichtigste Raffinerie des Landes befindet. Fahmi Ben Khalifa – auch «König von Zawiya» genannt – agiert dort in Absprache mit der Brigade Shuhada al Nasr, die eigentlich für den Schutz der Anlage zuständig wäre, stattdessen jedoch einen Anteil an den Gewinnen des Schmugglergeschäfts einstreicht. Aus den Tanks der Raffinerie wird der Treibstoff – hauptsächlich aus Europa importierter, für den lokalen Verbrauch bestimmter Diesel – abgepumpt und per Tankwagen in die nahen Häfen von Zouara und Abu Kammash transportiert. Dort übernehmen kleine Fischerboote die Fracht und liefern sie an die Tanker von Darren und Gordon Debono, die in libyschen Gewässern entlang der Küste warten. Die Tanker nehmen danach Kurs auf Malta oder Sizilien, oder sie laden ihre Fracht auf grössere Öltankschiffe um. Die Guardia di Finanza hat mehrere solche «Ship-to-Ship-Transfers» auf hoher See gefilmt und öffentlich gemacht.

Der Schmuggel ist äusserst lukrativ. Seit dem Sturz Gaddafis laufen die Raffinerien, die immer wieder von bewaffneten Gruppen besetzt werden, auf Sparflamme. Libyen muss deshalb einen grossen Teil des für den Binnenkonsum benötigten Treibstoffs importieren. Um diesen für die Bevölkerung erschwinglich zu machen, wird er massiv subventioniert – gemäss der UNO mit etwa zehn Prozent des Bruttoinlandprodukts Libyens. Durch den Weiterverkauf dieses günstig erworbenen Treibstoffs im Ausland können die Schmuggler enorme Margen erzielen.

Die italienischen Ermittler rekonstruieren die Bewegungen der Tanker von Darren und Gordon Debono und finden heraus, dass Maxcom Bunkers SA, ein in Augusta auf Sizilien registriertes Unternehmen, Hauptabnehmerin von 82 000 Tonnen geschmuggelten Diesels

war. Bezahlt wurden dafür 27 Millionen Euro. Auf dem offiziellen Markt hätte dieses Volumen einen Wert von 51 Millionen Euro gehabt. Umgerechnet ergibt das einen Literpreis von 28 Eurocent im Vergleich zum europäischen Marktpreis von 53 Eurocent.

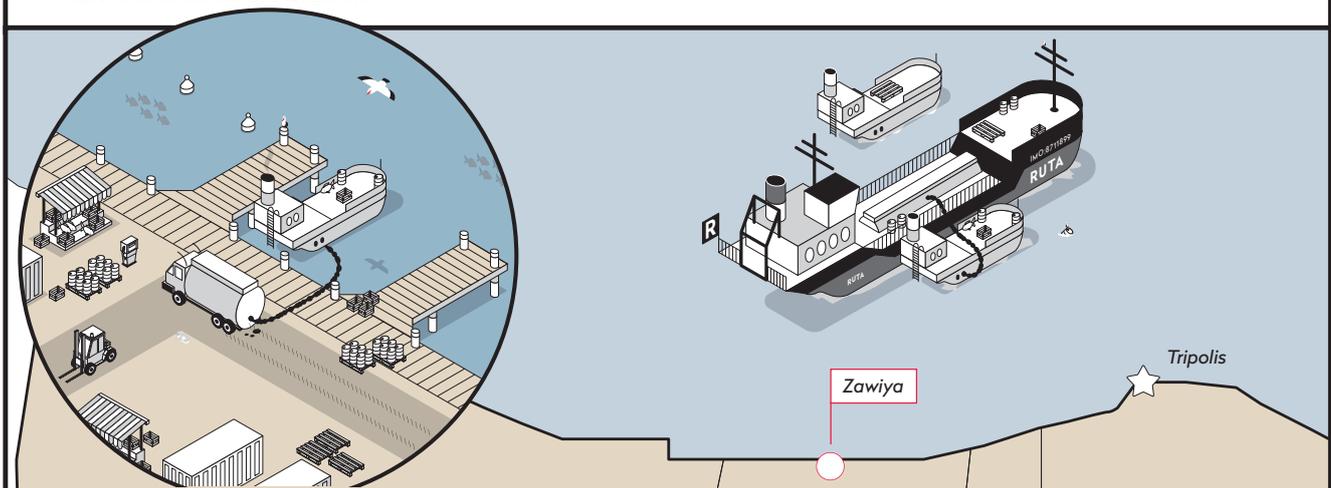
Kolmar bleibt unbehelligt

Weil die «Dirty Oil»-Ermittlungen lediglich die kurze Zeitspanne von Juni 2015 bis Juni 2016 betreffen und sich auf die Verbindungen zu Italien konzentrierten, bleibt ein Teil der Geschichte im Dunkeln: Die Aktivitäten von Kolmar auf Malta und die Geschäfte der Zuger Firma mit dem Netzwerk von Ben Khalifa ab Frühling 2014.

Francesco Ruis, Chef der Guardia di Finanza, bestätigt zwar, dass eine Zeitlang auch zur Zuger Gesellschaft ermittelt wurde, die eine Niederlassung in Mailand betrieb. «Durch den von Kolmar in Malta betriebenen Bunkerservice (die Betankung von Schiffen) war die Firma ein enger Partner von Gordon und Darren Debono», hält Francesco Ruis fest, ohne weitere Einzelheiten preisgeben zu wollen. Von einer anderen mit dem Dossier vertrauten Quelle ist zu erfahren, dass der Link zu Italien letztlich als zu schwach beurteilt wurde, um ein Verfahren zu eröffnen: «Damals konnten wir nicht beweisen, dass die von Kolmar erworbenen libyschen Erdölprodukte in Italien abgesetzt worden waren.»

Im Frühling 2018 taucht Kolmar jedoch im Zusammenhang mit den Schmuggelgeschäften in den Medien auf. Zwei Journalisten und eine Journalistin des Investigative Reporting Project Italy (IPRI) berichten in einem Artikel über den Treibstoffschmuggel. Der Artikel ist Teil des «Daphne Project», mit dem Journalistinnen und Journalisten die Arbeit der im Oktober 2017 ermordeten maltesischen Journalistin Daphné Caruana Galizia weiterführten, die unter anderem zu diesem Thema recherchiert hatte.

Lastwagen brachten subventionierten Diesel von der Raffinerie in die benachbarten Häfen, wo er auf kleine Fischerboote geladen und dann vor der libyschen Küste auf Tanker gepumpt wurde. Danach nahmen diese Kurs auf Malta oder Sizilien.



Im Artikel steht, dass Kolmar auf Malta ein Tanklager angemietet hatte, in das «mindestens einer der Öltanker der Debono-Gruppe seine Fracht von illegal gehandeltem Treibstoff» entladen habe. Es wird von «substanziellen Zahlungen» berichtet, die Kolmar an «eine der Gesellschaften von Darren Debono» getätigt habe, und die von der italienischen Polizei analysiert worden seien. Die Zuger Firma habe dazu keine Stellung nehmen wollen.

Die verdächtigen Zahlungen

Wir haben für die «substanziellen Zahlungen», die im Artikel erwähnt werden, Belege gefunden. Eine gut informierte maltesische Quelle übergab uns die Kopie eines Kontoauszugs der Oceano Blu Trading Ltd, einer der von Darren Debono kontrollierten Gesellschaften, die Konten bei der Banif Bank Malta unterhielt. Der Kontoauszug verrät, dass Kolmar zwischen dem 18. Juni und dem 22. Juli 2015 an dieses kleine, in San Gwann nahe der maltesischen Hauptstadt registrierte Unternehmen elf Überweisungen in der Höhe von insgesamt über elf Millionen Dollar getätigt hat. Zahlungsgrund und Herkunftsbank sind nicht vermerkt. Gemäss den polizeilichen Ermittlungen war Oceano Blu Trading Ltd eine der wichtigsten Partnergesellschaften im Netzwerk von Fahmi Ben Khalifa – was für die Annahme spricht, dass die von Kolmar überwiesenen Millionen dem Kauf von libyschem Treibstoff dienten.

Ein neues Geschäft auf Malta

Malta ist seit jeher eine strategisch wichtige Station für Unternehmen, die im Handel mit Erdölprodukten im Mittelmeerraum tätig sind. Die kleine Insel liegt an der Kreuzung mehrerer Seewege, und ihre Tankanlagen sind entsprechend begehrt. Kolmar kam 2012 nach Malta, um hier ein neues Business zu starten. Die Zuger Firma mietete Dieseltanks in den unterirdischen Tankanlagen von Ras

Hanzir und Has Saptan. Ihr Service bestand einerseits im «Bunkering», der Betankung von Schiffen mit Schiffsdiesel. Dafür fuhren unter anderem eine Art schwimmender Tankstellen zwischen Hafen und offener See hin und her, um die Schiffe auf der Durchfahrt zu betanken. Zudem mischte Kolmar in den gemieteten Tanks Treibstoffe: Durch dieses «Blending» kann die Qualität variiert werden.

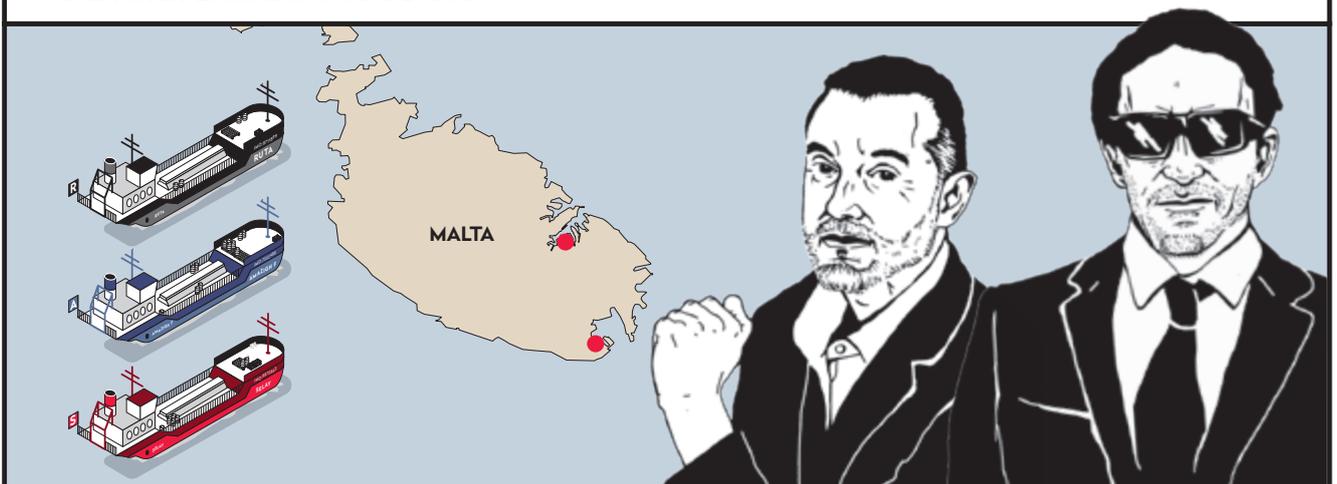
Verschiedene Personen, die dort in diesem Sektor tätig sind, haben den Aufstieg des Zuger Unternehmens auf der Insel mitverfolgt. Die Angelegenheit ist so heikel, dass sie sich nur anonym äussern wollen. «Kolmar betankte Schiffe, aber dies erwies sich aufgrund der grossen Konkurrenz als wenig einträglich. Mit der Zeit wurden ihre Tanks auf Malta auch dafür genutzt, libysche Erdölprodukte aus illegalem Handel zu lagern und zu mischen», berichtet ein Informant. Es sei darum gegangen, «die Herkunft von Treibstoff aus Libyen zu verschleiern».

«Der Treibstoffschmuggel aus Libyen über Malta hat sich zwischen Ende 2013 und Anfang 2014 verstärkt und erreichte 2016 einen Höhepunkt», erzählt ein anderer Beobachter. «Es gab zwei Phasen: Zunächst wurden Frachten von Erdölprodukten in Tankanlagen auf Malta gelöscht. Später hat sich das Geschäft auf die See verlagert, an die Grenze der maltesischen Gewässer, mit Umladungen von Schiff zu Schiff», erläutert er. Kolmar mischte in der ersten Phase, ab Frühling 2014, mit. Wir haben uns auf Malta umgesehen, von wo der Zuger Konzern über ein Jahr lang unbeobachtet agieren konnte, als das Netzwerk von Ben Khalifa noch nicht auf dem Radar der italienischen Polizei oder der UNO war.

Den Schiffen auf der Spur

Der Hafen ist unscheinbar. Ein kleines Motorboot hat uns auf einem etwas auffälligen Anlegeplatz abgesetzt, wo einige Fischer ihre Leinen ausgeworfen haben. Normalerweise besichtigen hier Touristinnen und Tou-

Wir haben die Bewegungen von drei Tankern zwischen Libyen und Malta analysiert, die damals von zwei Schlüsselfiguren des Netzwerks gechartert waren: dem früheren Fussballnationalspieler Darren Debono und dem Ferrari-Liebhaber Gordon Debono.



risten im Wassertaxi den Grand Harbour – den Naturhafen der Halbinsel Sciberras, auf der die maltesische Hauptstadt Valletta steht – und geniessen die wunderbare Landschaft. Uns hingegen interessieren die Hafен- und Industrieanlagen, vor denen alte, rostige Schiffe angedockt sind. Wir wollen das Tanklager Ras Hanzir ausfindig machen und verstehen, von wo aus dessen Tanks beliefert werden.

Da sind wir. Unter den neugierigen Blicken der Fischer schiessen wir Fotos einer Andock-Station, auf Englisch «Dolphin» genannt, an der Schiffe ihre Ladungen in die Tanks von Ras Hanzir löschen oder selbst betankt werden können. Von Oktober 2012 bis Dezember 2015 war Kolmar hier der Platzhirsch. Das Zuger Unternehmen hatte mehrere Ausschreibungen gewonnen und daraufhin alle acht Dieseltanks von Ras Hanzir gemietet, wie uns die Besitzerin der Anlage, die staatliche maltesische Erdölgesellschaft Enemed Co Ltd, offiziell bestätigte. Von Juli bis Dezember 2015 besetzte Kolmar zudem die fünf Dieseltanks der unterirdischen Tankanlage von Has Saptan in der Nähe des Flughafens. Diese Informationen erhielten wir von Matthew Vella, einem Journalisten aus Malta, der die entsprechenden Unterlagen gestützt auf das maltesische Transparenz-Gesetz «Freedom of Information Act» eingefordert hatte.

Auf Basis dieser Erkenntnisse haben wir das Hin und Her von drei Öltankern zwischen Malta und Libyen analysiert: der Amazigh F, der Ruta und der Selay, die allesamt von Darren und Gordon Debono betrieben wurden. Deren Fahrten, ausgehend von der libyschen Küste, waren für den Zeitraum von Juni 2015 bis Juni 2016 bereits durch die UNO moniert sowie durch die Ermittler der Guardia di Finanza untersucht worden. In unserer Analyse steht nun eine frühere Zeitspanne im Fokus, nämlich jene von Frühling 2014 bis zum Dezember 2015; dem Zeitpunkt, zu dem Kolmar ihre Tätigkeit in Malta eingestellt zu haben scheint. Die amerikanische NGO C4ADS, die auf die Analyse

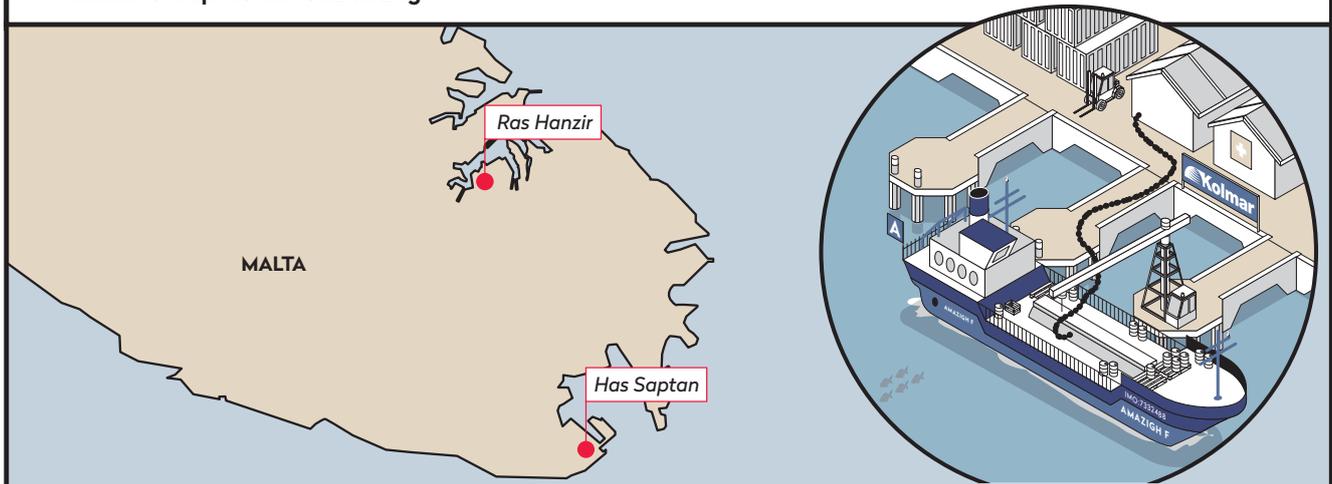
komplexer Datensätze spezialisiert ist, hat uns dabei geholfen, die Bewegungen dieser Schiffe mithilfe des Automatic Identification System (AIS) nachzuverfolgen – eines automatisierten, hochfrequenten Funksystems zum Austausch von Schiffsdaten, das Identität, Status, Position und Route von Schiffen registriert. Das Ergebnis ist höchst aufschlussreich. Zwischen dem 27. Mai 2014 und dem 18. Juli 2015 haben die Ruta, die Amazigh F und die Selay insgesamt 22-mal ihre Ladung an den Dolphins von Ras Hanzir (19-mal) und Has Saptan (dreimal) gelöscht, als diese Tankanlagen exklusiv von Kolmar gemietet wurden. Die staatliche maltesische Firma Enemed hat bestätigt, dass in diesem Zeitraum insgesamt 50 911 Tonnen Treibstoff in die Tanks von Kolmar flossen.

Wir haben die Daten zu diesen Lieferungen mit den Zahlungen verglichen, die Kolmar an Oceano Blu Trading Ltd getätigt hat. Die zeitliche Übereinstimmung ist frappant. Vom 15. Juni bis zum 17. Juli 2015 legten die Amazigh F und die Selay neun Mal an den Dolphins von Ras Hanzir und Has Saptan an. Praktisch gleichzeitig, nämlich vom 18. Juni bis zum 22. Juli 2015, überwies das Zuger Unternehmen über elf Millionen Dollar an die Gesellschaft von Darren Debono.

Ordnungsgemässe Papiere?

Wir fanden auch heraus, dass die Schweizer Handelsfirma für den Import von libyschem Diesel den maltesischen Zollbehörden scheinbar vollständige Dokumente vorlegte. Darunter waren auch Herkunftszertifikate der Tiuboda Oil Refining Company, einer Gesellschaft im Besitz von Fahmi Ben Khalifa. Auch die Ermittler der Operation «Dirty Oil» waren auf diese Zertifikate gestossen. Sie fanden heraus, dass es sich um Fälschungen handelte, die auf dem Scanner einer maltesischen Gesellschaft zusammengestellt worden waren – der Firma World Water Fisheries, die von Darren Debono kontrolliert wurde. Zu der Zeit, als

Zwischen Mai 2014 und Juli 2015 entluden die drei Tanker insgesamt 22-mal libyschen Diesel in den Anlagen von Ras Hanzir und Has Saptan. Alleinige Mieterin dieser Tankanlagen war zu der Zeit die 1997 gegründete Kolmar Group AG mit Sitz in Zug.



Kolmar auf Malta aktiv war, wurden diese Zertifikate von den maltesischen Behörden jedoch anstandslos akzeptiert.

«Trotz der illegalen Herkunft des Treibstoffs aus Libyen haben die Zollbehörden und die libysch-maltesische Handelskammer die Wiederausfuhr des Diesels erlaubt; entweder aus Inkompetenz oder weil sie selbst am Schmuggel beteiligt waren», meint einer, der sich mit dieser Praxis auf Malta auskennt.

Diesel «einbürgern»

Der Treibstoff wurde teilweise auf dem lokalen Bunkering-Markt vertrieben. Kolmar bediente damit Schiffe, die zum Auftanken kamen, wie wir mithilfe des Systems AIS rekonstruieren konnten. Der illegal gehandelte Treibstoff wurde aber auch in Europa in Umlauf gebracht. «Unsere Annahme ist, dass Kolmar wie Maxcom Bunker SA (die sizilianische Gesellschaft, die im Rahmen der Operation «Dirty Oil» in Italien unter Anklage steht) vorgegangen ist: Der Diesel wurde sozusagen in Malta «eingebürgert», um den Weiterverkauf nach Europa zu ermöglichen und die Rückverfolgbarkeit zu verunmöglichen», erklärte uns ein Informant aus der italienischen Justiz.

Weil wir nicht die ganze Vertriebskette rekonstruieren konnten, bleibt unklar, wer Kolmars Abnehmer für diese Produkte waren.

Funkstille

Kolmar hat auf unser mehrmaliges Nachfragen ebenso wenig Stellung genommen wie später gegenüber den Journalisten der Sonntagszeitung oder von Le Monde, die über unsere Recherche berichteten. Nach der Online-Veröffentlichung unseres Berichts verlangte die Firma jedoch über ihre Anwälte eine Gegendarstellung, die wir auf Seite 19 abdrucken. Public Eye hält an ihrer Darstellung fest. Darren und Gordon Debono sowie Fahmi Ben Khalifa, die wir über ihre Anwälte kontaktierten, haben

unsere Fragen ebenso wenig beantwortet. Die maltesischen Zollbehörden wollten zum laufenden Verfahren keine Auskunft geben, sagten aber, dass bei Verdacht auf illegale Aktivitäten oder gefälschte Dokumente stets die Polizei oder die zuständige Behörde eingeschaltet werde.

«Die Plünderung muss aufhören»

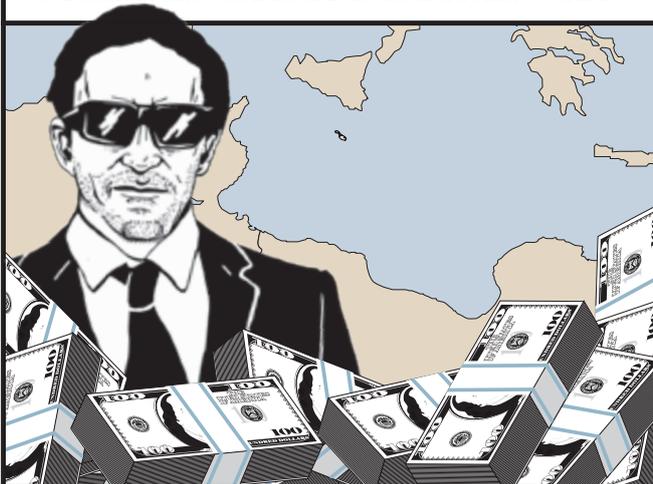
Am Tag nach unserer Publikation teilte die libysche National Oil Corporation (NOC) in einem Statement mit, sie begrüße die Recherche, die «ein grelles Licht wirft auf diese kriminelle Praxis, welche die Libyer der blühenden Zukunft beraubt, die sie verdienen». Der Fall Kolmar sei nur «die Spitze eines riesigen Eisbergs», schrieb der NOC-Präsident Mustafa Sanalla. Der Bevölkerung Libyens würden durch die Treibstoffschmuggler «jedes Jahr Hunderte Millionen von Dollar gestohlen». Die NOC werde alles tun, was in ihrer Macht stehe, damit das libysche Volk entschädigt werde. «Wir wollen, dass jede Person, die in den Schmuggel involviert ist, vor Gericht kommt. Die Plünderung der libyschen Ressourcen muss aufhören, und diese Recherche ist eine Warnung an jene, die daran beteiligt sind.»

Erwirbt eine Gesellschaft wissentlich in einem Kriegsgebiet gestohlene Rohstoffe, so kann sie der Plünderung (beziehungsweise der Gehilfenschaft dazu) für schuldig befunden werden, was gemäss Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofs sowie schweizerischem Strafrecht ein Kriegsverbrechen darstellt.

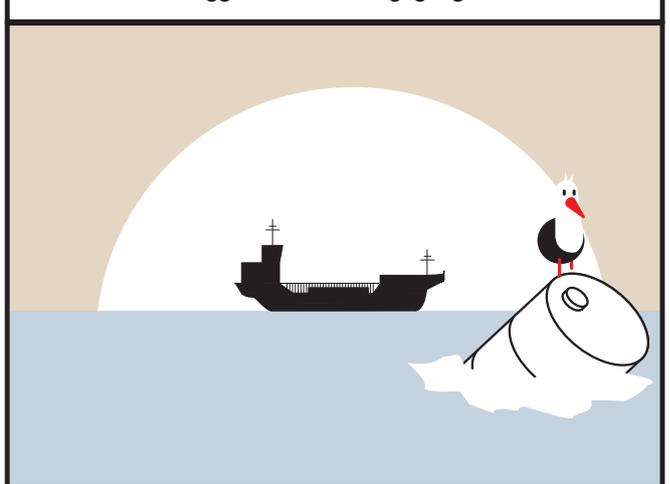
Verbindliche Regeln für Händler

Diese Geschichte ist ein Paradebeispiel dafür, wie Schweizer Rohstoffhändler aus hochproblematischen Kontexten Profit zu schlagen versuchen. Während sich Libyen im Bürgerkrieg befand und bewaffnete Gruppen um die Vorherrschaft über den Erdölsektor kämpften, geschäftete die Zuger Gesellschaft mit einer undurchsichtigen

Insgesamt flossen 50911 Tonnen Diesel in die Tanks von Kolmar. Im Sommer 2015 überwies die Firma über elf Millionen US-Dollar an eine von Darren Debono kontrollierte Firma.



Ben Khalifa, Darren Debono und Gordon Debono stehen mittlerweile in Italien vor Gericht. Hat Kolmar bewusst Diesel von einem Schmugglernetzwerk entgegengenommen?



maltesischen Firma, die keinerlei Erfahrung im Ölsektor vorweisen konnte. Und dies, obwohl das Problem des Dieselschmuggels aus Libyen und die Rolle, die Malta dabei spielte, in der Branche allgemein bekannt waren.

Um zu verhindern, dass Schweizer Unternehmen aus Unachtsamkeit oder willentlich einen Absatzmarkt für Rohstoffe schaffen, die illegal oder unter Verletzung von Menschenrechten beschafft wurden, müssen ihnen verbindliche Sorgfaltsprüfungspflichten auferlegt werden. Die Konzernverantwortungsinitiative bietet die Chance, die Unternehmen zu verpflichten, Risikoabschätzungen bezüglich ihrer Aktivitäten im Ausland vorzunehmen und Massnahmen zur Abhilfe zu treffen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit

und Entwicklung (OECD) gibt mit ihrer «Due Diligence Guidance for Responsible Supply Chains of Minerals from Conflict-Affected and High-Risk Areas» eine detaillierte Anleitung, wie vorzugehen ist. War der Leitfaden in der ersten Version von 2010 noch auf bestimmte Konfliktmineralien fokussiert, hat das OECD Investment Committee 2015 entschieden, dass die Guidance explizit für alle Mineralien, inklusive Öl, Gültigkeit hat.

Würde dieses «Soft Law» durch die Konzernverantwortungsinitiative in nationales Schweizer Recht überführt, könnten die Verantwortlichen nicht länger die Augen verschliessen. Sie müssten verhindern, dass ihre Geschäfte – wie im libyschen Bürgerkrieg geschehen – zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen beitragen. ■

Wie wenig wusste Kolmar wirklich?

Im Zeitraum, in dem Kolmar über 50 000 Tonnen Diesel entgegengenommen hat, waren die Expertinnen und Experten der UNO und die italienische Justiz noch nicht auf Fahmi Ben Khalifa und seine maltesischen Partner aufmerksam geworden. Hat die Zuger Gesellschaft vielleicht unwissentlich Geschäfte mit einem Schmugglernetzwerk gemacht? Aus verschiedenen Gründen halten wir dies für unwahrscheinlich.

Da ist schon allein die damalige Situation in Libyen. Im Sommer 2014 brach zwischen dem westlichen und dem östlichen Landesteil ein Bürgerkrieg aus. Bewaffnete Gruppen brachten immer wieder Erdölinfrastrukturen unter ihre Kontrolle. Die Rohölförderung sackte ab, Libyen musste immer mehr raffinierte Erdölprodukte importieren und den Export drastisch senken. Dutzende Insider aus dem Trading-Bereich sind sich einig, dass der Handel mit Libyen zu diesem Zeitpunkt ein Hochrisikogeschäft war – was er im Übrigen heute noch ist: Seit Gaddafis Sturz ist es äusserst schwierig geworden, libyschen Diesel zu kaufen. Die Risiken sind extrem hoch, nicht nur wegen der Schmugglerproblematik. Wenn man einen Öltanker nach Libyen schickt, hat man keine Garantie dafür, dass er die Ware am geplanten Datum wirklich laden kann. Ein stillstehendes Schiff verursacht hohe Kosten. Daher können es sich kleinere Gesellschaften nicht leisten, in Libyen tätig zu sein. «Nur grosse Handelshäuser können das Risiko eingehen», erzählt ein Genfer Trader. «Die grössten Händler sicherten sich die offiziellen Lieferquoten der NOC für Erdölprodukte. Der Rest kam aus Schmugglergeschäften», erklärt er.

«Eine absolute Red Flag»

Die Zuger Firma hätte noch weitere Gründe gehabt, von solchen Geschäften abzusehen. Im Rahmen ihrer Operation «Dirty Oil» stellte die Guardia di Finanza fest, dass die Preise für Erdölprodukte aus Ben Khalifas Netzwerk deutlich unter

den normalen Marktpreisen lagen. Dies ist eines der wichtigsten Alarmsignale in der Branche. «In unserer Branche müssen bei jedem grösseren Rabatt automatisch die Warnlichter aufleuchten. Ein tiefer Preis bedeutet immer ein hohes Risiko», erklärt ein früherer Angestellter einer Handelsfirma.

«Libyen stand in Flammen. Zu dieser Zeit waren die libyschen Raffinerien kaum noch in Betrieb oder sie waren beschädigt. Das Land musste Erdölprodukte importieren, statt zu exportieren. Diesel aus Libyen zu kaufen hätte eine absolute «Red Flag» sein müssen», so ein auf Handelsfinanzierungen spezialisierter Banker. «Ich kann mir fast nicht vorstellen, dass eine Bank solche Transaktionen finanziert, vor allem für Diesel aus Libyen», meint eine ehemalige Angestellte einer Handelsfirma, die auf dem Markt für Erdölprodukte im Mittelmeerraum tätig war. Was also ist mit der Bank, die für Kolmar Überweisungen von über elf Millionen Dollar an Oceano Blu Trading Ltd ausgeführt hat? Die uns vorliegenden Dokumente lassen hierzu keine klaren Schlüsse zu. Jedoch haben wir Informationen aus zwei Quellen, dass die Zuger Gesellschaft ihre Konten damals – wie auch heute noch – bei der Crédit Agricole Indosuez in Genf unterhielt. Die Bank soll Kolmar in den letzten Jahren einen Kreditrahmen von hundert Millionen Franken gewährt haben.

Die Crédit Agricole Indosuez (Switzerland) AG berief sich auf Anfrage auf ihre Geheimhaltungspflicht und wollte eine Geschäftsbeziehung mit Kolmar weder bestätigen noch dementieren. Sie teilte mit, sämtliche von ihr getätigten Finanzierungen erfolgten «in strikter Einhaltung der Gesetze und Regelungen der Länder, in denen die Bank tätig ist». Die BNF Bank plc (vormals Banif Bank, Malta), welche die Konten von Oceano Blu Trading Ltd führte, teilte auf Anfrage mit, dass sie «aufgrund ihrer Vertraulichkeitsverpflichtungen» nicht in der Lage sei, unsere Fragen zu beantworten. ■



Kolmar Group AG

2. April 2020

Recht auf Gegendarstellung zu dem von Public Eye / Trial International am 1. März 2020 publizierten Bericht

1. Kolmar Group AG befolgte bei den Transaktionen mit libyschem Gasöl ihren branchenüblichen «Know-Your-Customer»-Prozess. Diese Kundenüberprüfung umfasst sowohl interne als auch externe Quellen, auch durch die finanzierenden Banken.
2. Kolmar Group AG hat weder Dokumente gefälscht noch hatte sie Kenntnis von betrügerischen Aktivitäten in Zusammenhang mit der Zollabwicklung von libyschem Gasöl. Kolmar Group AG war weder bei der Erstellung noch bei der Beschaffung der Ursprungszeugnisse involviert; diese wurden Kolmar Group AG von ihrem Lieferanten übergeben, der die Verschiffung arrangierte.
3. Die auf den Ursprungszeugnissen erwähnte Person, Fahmi Ben Khalifa, war Kolmar Group AG nicht bekannt.
4. Kolmar Group AG handelte libysches Gasöl, nicht libysches Erdöl. Kolmar Group AG hat bei ihrer Handelstätigkeit gegen keine internationalen Sanktionen verstossen.
5. Kolmar Group AG kaufte libysches Gasöl und bezahlte für dieses Gasöl handelsübliche Marktpreise – nicht Preise, die «deutlich unter dem Marktpreis lagen», was dem Bericht von Public Eye / Trial International zufolge ein Indiz für Schmuggelaktivitäten wäre.
6. Die Geschäftstätigkeit der Kolmar Group AG in Malta zwischen 2014 und 2015 konzentrierte sich keineswegs auf libysches Gasöl noch war sie darauf ausgerichtet. Etwa 90% des in Malta gehandelten Gasöls stammte nicht aus Libyen. Gemessen am Gesamtvolumen der von Kolmar weltweit gehandelten Produkte machte libysches Gasöl bloss 0.32% des konsolidierten Konzernumsatzes aus.
7. Kolmar Group AG war nie in illegale Aktivitäten, insbesondere Schmuggel, verwickelt. Kolmar Group AG wurde noch nie durch eine Strafverfolgungs-, Aufsichts- oder Gerichtsbehörde betreffend der im Bericht von Public Eye / Trial International genannten Angelegenheiten kontaktiert oder im Rahmen irgendwelcher Ermittlungen oder Untersuchungen befragt.

Public Eye hält an ihrer Darstellung fest.

Haftungsausschluss

Die in diesem Heft abgedruckte Version unserer Recherche ist eine Übersetzung der französischen Originalfassung und deshalb nicht rechtsverbindlich. Im Falle von Abweichungen ist einzig das Original massgeblich. Für sprachliche Fehler, Ungenauigkeiten oder Missverständnisse übernimmt Public Eye keinerlei Haftung.

«Bei den Rohstoffhändlern sind wir bereit für die harte Tour»

Im Rahmen der Anti-Korruptionsoperation Lava Jato, die in Brasilien seit 2014 für Aufregung sorgt, stand mehrmals auch die Schweiz im Fokus. Zuletzt sorgte die Affäre um die brasilianische Erdölgesellschaft Petrobras im November 2019 für eine spektakuläre Doppelrazzia am Genfer Sitz von Vitol und Trafigura. Ein Gespräch mit Marcelo Ribeiro de Oliveira, einem der Staatsanwälte, die die Schweiz um Rechtshilfe ersucht haben – weil die Rohstoffhändler sich weigerten, zu kooperieren, wie er kritisiert.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE ADRIÀ BUDRY CARBÓ IN CURITIBA, BRASILIEN

Das Gebäude ist nicht brandneu, doch irgendwo müssen all die neuen Leute der Bundesanwaltschaft von Curitiba untergebracht werden. Hier, in der Hauptstadt des Bundesstaats Paraná, haben vor sechs Jahren die grössten Anti-korruptionsermittlungen in der Geschichte Brasiliens begonnen: Lava Jato, zu Deutsch Autowaschanlage, nannte das Büro in Curitiba die Operation, die ein breit angelegtes Geldwäsche-Netzwerk aufdeckte, an dem unter anderem Paulo Roberto Costa, ehemaliger Direktor der staatlichen Ölgesellschaft Petrobras, sowie der «Geldwäscher» (auf brasilianisch Doleiro genannt) Alberto Youssef beteiligt waren. Seither geht die brasilianische Bundesanwaltschaft unbeirrt den Spuren nach, die teilweise bis in die Schweiz führen, wo sie die Behörden Ende 2018 um eine Durchsuchung der Genfer Sitze von Trafigura und Vitol ersucht hat. Um alle an der Operation Lava Jato Beteiligten unterzubringen (60 Personen, darunter 15 Staatsanwälte und Staatsanwältinnen), soll die Bundesanwaltschaft das Gebäude neben ihrem Sitz in Curitiba in einer Blitzaktion zugemietet haben. Hier treffen wir Staatsanwalt Marcelo Ribeiro de Oliveira, um uns mit ihm über das Verfahren zu unterhalten.

Lava Jato, das sind 70 Ermittlungsphasen seit März 2014. Wie lassen sie sich zusammenfassen?

Wir knöpften uns zuerst die «Geldwäscher», die Doleiros, vor, und dann das Management der Firmen und die Politiker, die diese unterstützten. So gelangten wir an diejenigen, die Insiderinformationen zu Geld machten: die Rohstoffhändler und ihre Komplizen (bei Petrobras, Anm. d. Red). Es handelt sich um eine eher bürokratische Form der Korruption. Zunächst standen grosse Gebäude, Raffinerien und eine begrenzte Anzahl Vertragspartner im Fokus der Untersuchung. Es war leicht aufzudecken, dass etwas im Gange war. Bei den Händlern wird es jedoch subtiler. Vitol hat beispielsweise innerhalb eines Jahres rund 1000 Verträge mit Petrobras geschlossen. Der entstandene Schaden ist erheblich, aber das sieht man erst, wenn man das Ganze aus Distanz betrachtet. Es ist, als ob wir uns bei Lava Jato anfangs mit einem Banküberfall konfrontiert sahen, während es jetzt darum geht, Tausende von cyberkriminellen Angriffen zu untersuchen.

Ein ehemaliger Petrobras-Angestellter beschloss, für eine Strafminderung mit der Bundesanwaltschaft zu kooperieren, wie Reuters Anfang Februar bekanntgab. Was erhoffen Sie sich von den Geständnissen dieses Traders mit dem Codenamen Batman?

Zum ersten Mal zeigt uns jemand auf, wie die Korruption innerhalb von Petrobras funktionierte. Ich kann Ihnen nichts zum Inhalt des Dossiers verraten, aber ich versichere Ihnen, dass es sich um sehr genaue Angaben inklusive Namen und Zahlen handelt. Ich bin zuversichtlich, dass sie uns ermöglichen, weiterzukommen und die «letzte Meile des Geldes» zu verfolgen. Wäre Batman zu

Beginn der Ermittlungen aufgetaucht, wäre unser Fall noch stärker gewesen. In vielerlei Hinsicht bestätigte er, was wir bereits wussten, gleichzeitig ermöglicht er womöglich eine Ausweitung der Untersuchung.

Denken Sie, die brasilianische Bundesanwaltschaft wird die Verantwortungskette hinaufverfolgen können, um auch gegen die Geschäftsleitung der Handelskonzerne vorzugehen?

Die Petrobras-Affäre ist kein Alleingang. Es ist nicht die Initiative einiger weniger Personen, die in Brasilien arbeiteten. Die Handelsfirmen waren stark involviert. Aber wir wissen noch nicht, wer aus der Direktion beteiligt war.

Weshalb war die Doppeldurchsuchung in Genf nötig?

Im Dezember 2018 versuchten wir, Festplatten von Trafigura und Vitol zu erhalten. Sie behaupteten, sie seien nicht in der Lage, uns diese auszuhändigen, da alle Daten in der Schweiz gespeichert seien. Deshalb haben wir ein Rechts-hilfverfahren mit den Schweizer Behörden eingeleitet.

Die Händler verweigerten also die Zusammenarbeit?

Genau. Sie weigerten sich, ihren internen E-Mailverkehr oder den Austausch mit Petrobras-Mitarbeitenden zur Verfügung zu stellen, unter Berufung auf das schweizerische Datenschutzgesetz. Die Schweizer Behörden bestätigten uns aber, dass diese Hindernisse gar nicht bestünden. Daraufhin haben wir die Durchsuchung beantragt.

Dabei sagen die Rohstoffhandelsfirmen zur Petrobras-Affäre immer nur Folgendes: 1) «Wir kooperieren voll und ganz mit den Behörden» und 2) Wir «können uns nicht zu einem laufenden Fall äussern»...

Ich versichere Ihnen, dass wir den Firmen nie untersagt

Marcelo Ribeiro de Oliveira

1978 Geboren in Goiânia, 200 Kilometer von Brasília entfernt

1996 – 2003 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität von Brasília

2006 Staatsanwalt bei der brasilianischen Bundesanwaltschaft

2016 Doktorat an der Universität Lissabon (mündliche Verteidigung noch ausstehend)

2019 Am 11. April in die «Task Force» für die Operation Lava Jato berufen. Trat im Juli sein Amt an und ersuchte die Schweizer Justiz um Unterstützung bei den Ermittlungen gegen Vitol und Trafigura.

haben, sich zu äussern. Sie verfolgen eine völlig verständliche Strategie, den medialen Lärm möglichst leise zu halten. Gleichzeitig hätten sie eine Menge zu erklären...

Haben Sie in der Schweiz gefunden, was Sie gesucht haben?

Momentan weiss ich das noch nicht. Heute (Anm. d. Red.: am 10. Februar 2020) habe ich mit den Schweizer Behörden gesprochen. Wir haben noch nicht alle sichergestellten Daten erhalten, die auf den offiziellen Kanälen übermittelt werden müssen. Aber wir sind sehr zuversichtlich, was ihre Nützlichkeit für das weitere Verfahren angeht.

Wir waren erstaunt, wesentliche Unterschiede zwischen den beiden Medienmitteilungen der brasilianischen Bundesanwaltschaft festzustellen: Im Dezember 2018 wurden drei Konzerne – Trafigura, Vitol und Glencore – und mutmassliche Bestechungsgelder in der Höhe von rund 15,3 Millionen US-Dollar genannt. In der jüngsten Pressemitteilung vom November 2019 ist Glencores Name verschwunden, und die Beträge sind auf 2,85 Millionen Dollar für Vitol und 1,5 Millionen Dollar für Trafigura geschrumpft. Was ist geschehen?

Wir haben Glencore nicht vergessen, doch ich kann Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr dazu sagen. Für die unterschiedlichen Beträge gibt es mehrere Erklärungen. 2018 handelte es sich um eine Schätzung basierend auf den Zahlen in den Verträgen. Ende letzten Jahres sprachen wir von den Bestechungsgeldern, die wir bereits hatten nachweisen können. Die erste Mitteilung betraf unsere Einschätzungen, die zweite den aktuellen Ermittlungsstand. Ehrlich gesagt gehe ich aber davon aus, dass diese Summen gering sind im Vergleich mit dem, was wir in Zukunft noch werden beweisen können.

Zurzeit ist in der Schweiz kein Verfahren eröffnet. Bedauern Sie das?

Meines Wissens nicht, nein. Aber die neuen Daten könnten die Aufmerksamkeit der Schweizer Behörden auf sich ziehen. Wir haben Beweise vorgelegt, die unser Rechtshilfeersuchen stützen. Mit diesen Informationen und den bei der Durchsuchung ermittelten Daten können die Schweizer Behörden beschliessen, entsprechend ihrer Kompetenzen eine Untersuchung zu eröffnen. Ich hoffe darauf. Auch wenn wir nicht als Team agieren, ermöglichen parallele Ermittlungen doch eine gegenseitige Unterstützung.

Genau. Wie schwierig ist es denn, Verfahren gegen multinationale Konzerne zu führen, die ihren Sitz in der Schweiz haben, ihr Kerngeschäft jedoch in anderen Ländern betreiben?

Es ist extrem kompliziert, eine Gesamtübersicht zu erhalten und die Verantwortung aller Beteiligten auszumachen. Bislang haben wir hauptsächlich zu Mittelsmän-

nern ermittelt. Es bleibt eine grosse Herausforderung, die Verantwortungskette hinaufzusteigen. Und wenn wir es schaffen, bleibt es schwierig festzustellen, ob diese Akteure bereits an der Spitze der Verantwortungskette sind oder ob sie im Auftrag von jemandem handeln. Zur Veranschaulichung: Ich werde vielleicht nie in der Lage sein, die Verantwortung von Ian Taylor (Anm. d. Red.: der derzeitige Verwaltungsratspräsident von Vitol, der bis März 2018 CEO war) oder der Geschäftsleitung anderer Konzerne aufzuzeigen. Eventuell sind die Schweizer Behörden eher dazu in der Lage... Generell ist es in derartigen Strafsachen eine gängige Strategie, den bereits verstorbenen CEO anzuprangern oder ihm die volle Verantwortung für die erhobenen Vorwürfe zuzuschreiben. Ich sage nicht, dies werde bei Claude Dauphin der Fall sein (Anm. d. Red.: ehemaliger CEO von Trafigura, der 2015 starb), aber ich mache mich darauf gefasst.

Es kursieren Gerüchte, dass Glencore wegen seiner Verbindungen zu griechischen Reedern ins 70. Lava-Jato-Verfahren, das Reedereien ins Visier nimmt, einbezogen wurde?

Es ist alles versiegelt, das heisst: kein Kommentar. Das Einzige, was ich Ihnen sagen kann, ist, dass Glencore viele Tochtergesellschaften hat.

In der Schweiz zeigte die kürzliche Verurteilung des Rohstoffhändlers Gunvor wegen Korruption erneut, dass die Direktion dieser Unternehmen meist nicht belangt werden kann. Hat die brasilianische Bundesanwaltschaft Schlüsse daraus gezogen?

Ich habe einige Artikel in der Fachpresse gelesen. Die von der Schweizerischen Bundesanwaltschaft eingeschlagene Richtung ist die richtige. Wenn es nicht möglich ist, die Verantwortung aller Beteiligten zu beweisen, dann muss wenigstens das Unternehmen seine Fehler zugeben. Hätte man darauf beharrt, die Geschäftsleitung in die Verantwortung ziehen zu wollen, hätte dies den gesamten Prozess zum Scheitern bringen können. Es gibt zwei mögliche Alternativen: Entweder man versucht, die Geschäftsleitung zu verurteilen, oder man handelt eine Lösung aus, damit zumindest die eng in die illegalen Tätigkeiten verwickelten Angestellten zur Rechenschaft gezogen werden. Die erste Option ist «schicker», aber schwieriger zu erreichen. Wir arbeiten in dieselbe Richtung, und das Verfahren könnte zu einer ähnlichen Situation führen.

Der aktuelle Vitol-Direktor Russell Hardy zeigte sich vor Kurzem zuversichtlich, dass das Verfahren noch 2020 beendet wird. Heisst das, Sie handeln parallel dazu eine Verurteilung im vereinfachten Verfahren mit den Handelsfirmen aus?

Ich bin zuversichtlich, dass wir sowohl mit Vitol als auch mit Trafigura eine Einigung erzielen können. Das hängt

nicht nur von uns ab. Solche Fälle müssen rasch gelöst werden, denn von einem langen Rechtsstreit hat niemand etwas. Wir wollen alles zurückholen, was durch die Korruption verloren gegangen ist. Dies ist eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse. Und ich weiss, dass auch die Handelskonzerne dem ein Ende setzen wollen, weil es für sie einen Reputationsschaden bedeutet. Eine Vereinbarung, die beide Parteien zufriedenstellt, ist wahrscheinlich die beste Lösung.

Und wo bleibt die Gerechtigkeit?

Bei einem rein zivilrechtlichen Verfahren würde die Gerechtigkeit meiner Meinung nach nicht auf der Strecke bleiben. Nehmen Sie das Beispiel Batman: Wir haben hier in Brasilien Anklage gegen ihn erhoben. Da er mit uns kooperiert, werden seine Geld- und Freiheitsstrafe milder ausfallen. Dies gilt auch für Unternehmen, die mit uns zusammenarbeiten. Geschäftsleitung und Angestellte könnten bestraft werden, aber in begrenztem Masse.

Das ist also Ihre Botschaft an die Firmen, «kooperiert jetzt»?

Wir werden unsere Verantwortung gegenüber den brasilianischen Bürgerinnen und Bürgern in dieser Angelegenheit voll und ganz wahrnehmen. Mit den Handelsfirmen können wir es auf die harte oder auf die sanfte Tour versuchen. Die Händler können kooperieren oder kämpfen, beide Optionen sind legitim. Wir sind für beides bereit.

Die sogenannten Colaborações Premiadas, Verhandlungen zur Strafminderung, wurden in Brasilien heftig kritisiert. Man hegt den Verdacht, dass die Beteiligten versuchen, das Maximum aus ihren Geständnissen herauszuholen, indem sie grosse Namen fallen lassen oder gewagte Verbindungen herstellen... Dieses System stammt nicht aus Brasilien. Die Ziele sind immer dieselben: festzustellen, bei wem die Verantwortung liegt und die Opfer zu entschädigen – im öffentlichen Interesse. Worin besteht dieses? Das Verbrechen soll nicht mehr begangen und die Menschen sollen nicht mehr ermutigt werden, das Gesetz zu brechen. Die Verständigungsver-

einbarungen beruhen auf diesen beiden Prinzipien. Wenn die betroffene Person unterschreibt und akzeptiert, eine hohe Geldstrafe zu zahlen, eine gewisse Zeit im Gefängnis zu verbringen und uns dafür noch entscheidende Informationen liefert, die weitere Nachforschungen ermöglichen... Das ist doch eine Win-win-Situation, ich sehe das Problem nicht. Zudem arbeiten wir mit Fakten, nicht mit Interpretationen. Ich kann dem Richter keine Fiktion vorlegen.

In gewissen Fällen kann es jedoch schwierig sein, Fakten von Behauptungen zu trennen.

Wenn eine Person kommt und mir sagt, sie würde bei einem Unternehmen arbeiten, welches Petrobras-Funktionären Bestechungsgelder bezahlt hat, so antworte ich einfach «interessant». Wenn mir nun aber eine andere Person dasselbe sagt und mir zusätzlich Rechnungen an die Hauptgeschäftsstelle ausserhalb Brasiliens, Geldflussmechanismen, E-Mail-Adressen und -Verkehr sowie die Namen der Vermittler liefert, ist das etwas anderes. Die Leute mögen denken, dass wir viele Vereinbarungen unterzeichnen. Aber noch viel mehr weisen wir zurück. Die meisten, weil sie nicht dem öffentlichen Interesse entsprechen, sondern lediglich dem Interesse der beschuldigten Person.

Für manche ist Lava Jato ein politisches Schauspiel, das die Errungenschaften der vorherigen Regierung zerstören soll. Die Tatsache, dass der ehemalige Richter Sérgio Moro nun Teil der Bolsonaro-Regierung ist, gibt dieser Argumentation weiteren Auftrieb. Wie reagieren Sie darauf?

Lassen Sie mich aus meiner Perspektive antworten. Ich bin seit zehn Monaten hier, habe Herrn Moro nie getroffen und bin von Leuten umgeben, die über 80 Stunden die Woche arbeiten. Ich bewundere, was bisher erreicht worden ist. Was ich sehe, ist ein totales Engagement für das öffentliche Interesse. Ich hatte nie den Eindruck, jemand versuche, mit seiner Arbeit Geld zu machen, private Interessen zu bedienen oder Ruhm abzuholen. Wir stützen unsere Verfahren auf solide Beweise. Im Zweifelsfall verzichten wir auf jegliche Anträge auf Zusammenarbeit bei Gericht. Ich denke, diese Kritik ist politischer Natur. •

Kritik an Lava Jato

Der Lack der monumentalen Korruptionsuntersuchung ist etwas ab. Im Juni 2019 enthüllte das Online-Medium The Intercept eine Reihe vertraulicher Nachrichten, die Richter Sérgio Moro und Staatsanwalt Deltan Dallagnol über die App Telegram ausgetauscht hatten. Die undichte Stelle, in Brasilien als Vaza Jato (oder Car Leaks) bekannt geworden, brachte geheime Absprachen ans Licht, die auf höchster Ebene der Justiz getroffen worden waren, um den ehemaligen Präsidenten Lula an einer Wiederwahl zu hindern. Dass Sérgio Moro inzwischen unter Jair Bolsonaro Justizminister wurde, bringt die Mühlen seiner Kritikerinnen und Kritiker zusätzlich zum Laufen. Das ändert allerdings nichts daran, dass die gross angelegte Anti-Korruptionsoperation Lava Jato, die in ganz Brasilien weitergeführt wird, die systemische Korruption der brasilianischen Institutionen ans Licht gebracht hat.

Solange der Preis stimmt



Bilder: Ramiro Aguilar, Villamarin

Seit Jahrzehnten bestimmen Machtmissbrauch und Menschenrechtsverletzungen die Bananenindustrie. Haben die vollmundigen Versprechen der Branchenführer – allen voran des Schweizer Bananenriesen Chiquita – etwas daran verändert? Public Eye hat sich auf Plantagen im ecuadorianischen Tiefland umgesehen.

ROMANO PAGANINI UND ALICE KOHLI

Ein gutes Dutzend Männer sitzt an diesem späten Nachmittag bei einem Verkehrskreisel ausserhalb Machalas – sie plaudern, surfen auf Facebook, warten. Sie sind hier, weil sie auf den Vorarbeiter irgendeiner Bananenplantage hoffen, der ihnen für den Folgetag eine Jornada bestätigt: Arbeit für einen Tag. Es ist eine Lotterie, der täglich Tausende Frauen und Männer in ganz Ecuador ausgesetzt sind. Ausserhalb des Bananensektors gebe es kaum Jobs, erzählen die Männer am Kreisel. Höchstens hie und da mal ein paar Tage als Hilfsarbeiter auf einer Baustelle. Auf die Frage, wie er sonst zu Geld komme, sagt ein 17-Jähriger unumwunden: «Über den Verkauf von Drogen.» Er meint Basuco, in Europa besser bekannt als Crack. Basuco wirkt sofort, ist vergleichsweise günstig und macht schnell abhängig. «Wir müssen uns nicht wundern, wenn die Jungen das Zeug konsumieren», sagt ein 36-jähriger Mann, der ebenfalls beim Kreisel sitzt und wartet. «Es gibt hier einfach keine Perspektiven.»

Seit Anfang des 20. Jahrhunderts werden in dieser Gegend Bananen angepflanzt, wie vielerorts im ecuadorianischen Tiefland. Der Andenstaat ist seit den

1950er-Jahren der grösste Bananenexporteur der Welt, knapp ein Drittel aller international gehandelten Bananen kommt aus Ecuador. Rund 5000 Produzenten und Produzentinnen gibt es, von Kleinstbetrieben zu Grossplantagen, der Sektor beschäftigt über 200 000 Menschen, indirekt sind rund zwei Millionen Menschen vom Bananananbau abhängig.

Steuern sparen am Genfersee

Die meisten ecuadorianischen Plantagenbesitzer verkaufen die Bananen an Zwischenhändler, welche sie an internationale Bananenhändler weiterverkaufen – etwa an Chiquita. Das Unternehmen beliefert vornehmlich Europa und Nordamerika und hat zwei Hauptsitze. Das US-amerikanische Geschäft wird in Fort Lauderdale in Florida abgewickelt, das Europageschäft seit 2009 im Kanton Waadt. Mit dem Umzug vom belgischen Antwerpen in die Schweiz fiel die Steuerbelastung laut einem Bericht des Schweizer Fernsehens aus dem Jahr 2010 von 20 auf 2,5 Prozent. Der Konzern hatte sich gerade noch rechtzeitig vor dem Ablauf der sogenannten «Lex Bonny» im Kanton

Waadt registriert: Das Gesetz hatte es strukturschwachen Gebieten in der Schweiz erlaubt, neu zuziehenden Firmen während zehn Jahren die Steuern ganz zu erlassen. Mittlerweile ist das Steuerprivileg für Chiquita abgelaufen. Zehn Jahre nach dem Umzug nach Rolle verlegte die Firma ihren Hauptsitz einige Kilometer weiter, nach Etoy.

Ob dort ein neuer Steuerdeal ausgehandelt wurde, ist nicht bekannt. Denn seit 2014 publiziert Chiquita keine Zahlen mehr. Die Bananenhändlerin wurde von einem Joint Venture des brasilianischen Orangensaftexporteurs Cutrale mit der Safra Group, zu der auch die Schweizer Bank J. Safra Sarasin gehört, aufgekauft. Die neuen Besitzer nahmen Chiquita von der Börse. Wer aktuelle Informationen zum Konzern und seinen Zulieferern will, muss sich mit Branchenkennerinnen unterhalten, mit Produzenten und Arbeiterinnen. Medienanfragen beantwortet die Firma lediglich mit umständlichen Allgemeinplätzen, statt harten Fakten gibt es bunte PR-Broschüren.

Augenschein in Ecuador

Chiquita blickt auf eine lange, unrühmliche Geschichte von Anschuldigungen wegen politischer Beeinflussung, Preisabsprachen, der Unterstützung von Putschversuchen und Menschenrechtsverletzungen zurück. Und bis heute berichten NGOs über Arbeitsrechtsverletzungen auf den Bananenplantagen – etwa von Pestizidvergiftungen und der Unterdrückung von Gewerkschaften. Anfang 2020 machen wir uns auf, in Ecuador einen Augenschein zu nehmen.

2014 bezog Chiquita 18 Prozent aller Bananen aus diesem Land. Der Konzern besitzt in Ecuador unseren Informationen nach kaum eigene Plantagen und kauft die Bananen zum grössten Teil von Zwischenhändlern. Die entsprechenden Verträge werden oft kurzfristig aufgesetzt, typischerweise laufen sie über ein oder zwei Jahre. Alle Plantagenarbeiter, die wir treffen, haben schon für Chiquita-Produzenten gearbeitet.

Lange Tage, tiefe Löhne

Die niedrigen Löhne seien eines der grössten Probleme der Erntehelfer und -helferinnen, erzählt uns einer der Tagelöhner. Je nach Plantagenbetreiber erhalten sie zwischen 20 und 25 US-Dollar pro Tag, manchmal weniger. Wenn man bei diesem Lohn Vollzeit arbeitet, erreicht man knapp den gesetzlichen Mindestlohn von monatlich 400 Dollar – was kaum zum Leben reicht. Und die Plantagen heuern nicht jeden Tag gleich viele Arbeiterinnen und Arbeiter an. Wer Pech hat, wird pro Schachtel entlohnt, was den Leistungsdruck enorm erhöht. Manche Produzenten stellen ausserdem Migrantinnen und Migranten aus Kolumbien oder Venezuela ein, die teilweise für einen Tageslohn von 12 bis 15 Dollar placken. Das entspräche bei acht Stunden einem Stundenlohn von 1,50 bis 1,90 Dollar. «Doch oft dauert

die Jornada länger», sagt ein Arbeiter. «Manchmal sind es zehn oder zwölf Stunden am Tag.»

Zahlreiche Personen, mit denen wir sprechen, erzählen uns, dass selten Verträge abgeschlossen und kaum Beiträge an Sozialversicherungen einbezahlt würden. Wird ein Pflücker krank, wird eine Waschanlagen-Arbeiterin schwanger, hat ein Verpacker einen Unfall oder steht bei einer Hilfsarbeiterin ein Besuchsmorgen in der Schule an, dann ist das deren Problem. «Für uns interessiert sich niemand», bringt es einer der Männer am Strassenrand von Machala auf den Punkt. Wer aufmuckt oder sich gewerkschaftlich organisieren will, laufe Gefahr, entlassen zu werden oder seinen Namen auf einer schwarzen Liste wiederzufinden und nirgendwo mehr angestellt zu werden, sagen uns die Arbeiter. Deshalb haben wir sämtlichen Protagonistinnen und Protagonisten in diesem Text einen anderen Namen gegeben.

Kinder als «potenziell verletzte Gruppe»

Daniel treffen wir bei der Arbeit auf einer Bananenplantage. Schon als Kind packte er Bananenbüschel in riesige Plastiksäcke ein – einer der härtesten Jobs auf den Plantagen. Seine Arbeit bedingt nicht nur ständiges Rauf- und Runterklettern auf der Leiter, die *Enfundadores*, wie sie genannt werden, sind ununterbrochen synthetischen Pestiziden ausgesetzt. Imprägniert mit Fungiziden oder Insektiziden, sorgen die Plastikhüllen dafür, die Früchte vor Wetter, Ungeziefer und Pilzen zu schützen. Als er sich von seinem älteren Bruder instruieren liess, war Daniel zwölf Jahre alt. Die Buben brauchten das Geld, um ihre Mutter und die Geschwister über die Runden zu bringen.

Missbräuchliche Kinderarbeit ist in Ecuadors Bananenindustrie auch heute noch Realität. Darauf weisen nicht nur Menschenrechtsorganisationen immer wieder hin. Auch das US-Arbeitsministerium führt Bananen aus Ecuador seit Jahren auf einer Liste mit Produkten auf, bei denen die Gefahr gross ist, dass sie unter Beteiligung von missbräuchlicher Kinderarbeit hergestellt wurden. Chiquita müsste das nach all den Jahrzehnten verstanden haben. Doch der Konzern schreibt in seinem Nachhaltigkeitsbericht von 2019 lediglich, dass er «Kinder als potenziell verletzte Gruppe identifiziert» habe.

Daniel, der sich seit Kindesalter auf verschiedenen Bananenplantagen verdingt, könnte dem Konzern sicher einiges darüber erzählen, wie sich diese Arbeit auf sein Leben ausgewirkt hat. Heute ist er dreissig und packt immer noch Bananen ein, allerdings auf einem Bio-Betrieb, ohne synthetische Pestizide. Er ist sehr froh darum, denn der Gifteinsatz hatte Daniel Anfang zwanzig schwer krank werden lassen. Sein Körper produzierte als Folge des Kontakts mit den Chemikalien nicht genügend weisse Blutkörperchen. Ein Arzt warnte ihn damals, dass eine einfache Grippe für ihn tödlich sein könnte.



Daniel (oben) arbeitet auf Plantagen, seit er zwölf ist. Die Tagelöhner in Machala (rechts) warten oft vergebens auf Arbeit.

Eine Zeit lang sammelte er deshalb Meeresfrüchte an der Küste, kam aber ein paar Jahre später zurück zu den Bananen. Daniel verdient heute täglich zwischen 25 und 30 Dollar und gehört mit seiner faktischen Festanstellung – wenn auch ohne Arbeitsvertrag – zu den Privilegierten.

Giftiger Syngenta-Bestseller

Die Mehrheit der Bananenproduzenten in Ecuador setzt auf synthetische Pestizide – und zwar auch auf solche, die in Europa längst verboten sind. Der äusserst aggressive Unkrautvernichter Paraquat zum Beispiel, der hauptsächlich vom Basler Agrochemiegiganten Syngenta vertrieben wird – unter den Namen Cerillo oder Gramoxone. Sprüherinnen und Sprüher, die mit Paraquat gearbeitet haben, klagen über Schwindel, Kopfschmerzen oder Brechreiz. Bereits ein Kaffeelöffel der Substanz ist tödlich – doch die ecuadorianische Zulassungsbehörde stuft sie lediglich als «moderadamente peligroso» ein: mittelmässig gefährlich.

Chiquita gelobte bereits 1998, kein Paraquat mehr zu verwenden. Allerdings nur auf den von der Rainforest Alliance zertifizierten Plantagen. Die Frage, ob und wie der Konzern kontrolliert, dass auch auf den zahlreichen Zulieferbetrieben in Ecuador kein Paraquat versprüht wird, liess er unbeantwortet.

Sprühflüge über Wohnhäusern

Von weitem sind die Propeller mehrerer Kleinflugzeuge zu hören. Täglich drehen sie ihre Runden ausserhalb

Machalas, der selbsternannten Bananenwelthauptstadt nahe der peruanischen Grenze. Sie sprühen ihre Pestizide aus drei bis fünf Metern Höhe auf die endlosen grünen Monokulturen. Direkt neben den Plantagen stehen Schulen, Wohnhäuser und Strassen. Das Gift landet nicht nur auf den Bananenblättern, sondern auch in Privatgärten und Flussläufen, auf Parkfeldern und Sportanlagen, auf Spielplätzen und im Grundwasser. Einer, der den aggressiven Chemikalien ausgesetzt war, ist Francisco. Der junge Arzt hat vergangenes Jahr ein Praktikum auf dem Land absolviert, unweit von dort, wo die Propellerflugzeuge ihre Runden drehen. Als der 26-Jährige dort seine Patientinnen und Patienten besuchte, stellte er fest: Die Plantagen hatten im Laufe der Jahre und mit der Ausbreitung der Monokulturen deren Häuser beinahe eingenommen. Bald schon fielen ihm die häufigen Fälle von Nesselfieber auf; er habe monatlich ein bis zwei Patienten mit Juckreiz, Quaddeln oder aufgeschwollenen Lippen behandelt. «Als ich mich dann wegen derselben Symptome innerhalb kurzer Zeit fünfmal selbst einliefern musste, wurde ich skeptisch.» Er, der in der Stadt aufgewachsen ist, hatte zuvor nie direkten Kontakt mit Pestiziden und keinerlei Allergien.

«Bis es nicht mehr geht»

In zahlreichen Gesprächen erzählen uns die Plantagenarbeiterinnen und -arbeiter, dass sie während der Sprühflüge oft mitten in der Plantage stünden und sich notdürftig mit einem Stück Stoff bedeckten. Dabei



Bananen bis unters Vordach: Leben inmitten einer Plantage.

müssten sie eigentlich gewarnt werden und dürften die Plantage nach den Flügen zwölf bis achtundvierzig Stunden lang nicht mehr betreten. Doch in der Praxis waschen sie sich hinterher lediglich die Augen aus und versuchen, ihre Haut so gut wie möglich von dem öligen Gemisch zu trocknen. Wer Kopfschmerzen oder Schwindelanfälle bekommt, hält diese in der Regel bis kurz vor dem Kollaps aus. Bezeichnend dafür ist die Geschichte einer jungen Frau, die sich beim Bananenwaschen versehentlich Wasser mit Chlorgranulat über Brust, Bauch und Beine geleert hatte. Da sie auf die Arbeit angewiesen war und sich nicht traute, ihren Posten fürs Umziehen zu verlassen, brannte sich das Desinfektionsmittel während Stunden in ihren Körper. Sieben Tage später hielt sie es nicht mehr aus und kam zu Francisco. Dessen Diagnose: Verätzungen zweiten Grades. «Aus Angst, den Job zu verlieren», sagt der Arzt, «versuchen diese Menschen solche Arbeitsunfälle zu verheimlichen und warten, bis es nicht mehr geht.»

Schmiergelder als Teil des Systems

Für Andrea war von Anfang an klar, dass sie auf synthetische Düngemittel und Pestizide verzichten und biologisch produzieren möchte. 2017 begann sie ihre Früchte über eine Kooperative an Chiquita zu verkaufen. Allerdings erinnert sie sich nur ungerne an diese Zeit. «Wir hatten von Anfang an Probleme mit Chiquita», sagt sie. «Ganze Paletten wurden mit fadenscheinigen Begründungen zurückgewiesen, und das sind immerhin

rund fünfzig Schachteln Bananen.» Es sei um fehlendes Gewicht der Ware gegangen oder um Mini-Narben an einzelnen Früchten. «Wenn man dem Kontrolleur von Chiquita aber genügend Geld auf den Tisch legte, spielte das auf einmal keine Rolle mehr.» Mehrere hundert Dollar habe sie so regelmässig draufzahlen müssen, erzählt Andrea. Heute seien die Zwischenhändler wegen der neu installierten Kameras in den von Drittfirmen angemieteten Lagerhallen etwas vorsichtiger. «Nun wird das Geschäft einfach im Vorraum abgewickelt.»

Enver, einen Agraringenieur, der den Bananensektor seit Jahren verfolgt, treffen wir in seinem Büro ausserhalb der Wirtschaftsmetropole Guayaquil. Etwas angespannt sitzt er auf dem Stuhl und sagt, was in Ecuador viele denken: «Die Bananenindustrie funktioniert wie eine Mafia. Fünfzig Prozent findet legal statt, fünfzig unter dem Tisch.» Enver wollte zunächst nicht mit uns sprechen. Schon gar nicht über den Bananenhändler Chiquita, bei dem er mehrere Jahre angestellt war. Er war dafür zuständig, bei den Zulieferern die Plantagen, die Bewässerungssysteme und die Unkrautbekämpfung zu kontrollieren und den Zustand der Früchte zwischen Ernte und Verschiffung zu prüfen.

Als wir dem Mittvierziger den Zweck unserer Recherche erklären, willigt er ein. «Es ist wichtig zu wissen, dass es hier nicht um eine einzelne Firma geht», sagt Enver. «Es geht um ein ganzes System.» Sein Vorgesetzter bei Chiquita habe als einer von vielen regelmässig Schmiergelder eingestrichen – und zwar sowohl von den Zwischen-



Chiquita ist neben Dole und Fyffes einer von drei Grosskonzernen, die Bananen aus Ecuador verschiffen.



händlern selbst als auch von den mit ihnen eng verbandelten Produzentenkooperativen, den Asociaciones Bananeras.

Konventionelle Bio-Bananen

Eine weitere Strategie, so erzählt uns Enver in seinem Büro, bestehe darin, herkömmlich produzierte Früchte als Bio-Bananen zu verkaufen, von denen wesentlich weniger produziert werden. Das sei eine weitverbreitete Praxis. «Mein Chef», erinnert er sich, «hat in diesen Fällen jeweils beide Augen zugeedrückt.» Er habe einem Zwischenhändler die herkömmlich produzierten Bananen für sieben Dollar pro Schachtel abgekauft, in den eigenen Büchern aber einen Einkaufspreis von neun ausgewiesen. «Die restlichen zwei Dollar», sagt er, «teilte er sich mit dem Zwischenhändler: Ein Dollar ging als Schweigegeld an ihn, den anderen Dollar strich mein Chef ein. Bei wöchentlich mehreren hundert Schachteln kam so ein ordentlicher Betrag zusammen.»

Risiko bei Zulieferern

Santiago, ein Zwischenhändler in der Nähe von Machala, der etwa einen Drittel seiner Bananen an Chiquita verkauft, möchte uns gerne Einblick in die Verträge mit dem Konzern geben – falls dieser sich einverstanden erklärt. Doch Chiquita reagiert nicht auf eine entsprechende Anfrage. Mit Zwischenhändlern zu arbeiten, ist praktisch für den Konzern. Denn so müssen sich andere mit dem Papierkram abmühen. Auch die Zollkontrollen müssen die Zwischenhändler organisieren und selbst finanzieren. Wenn wegen Verzögerungen bei der Abfertigung ein Container nicht verladen werden kann, verliere er auf einen Schlag 10000 Dollar, klagt Santiago. Ein Container transportiert rund 1000 Schachteln Bananen, also zwischen 20 und 22 Tonnen. Chiquita trägt in so einem Fall kaum Schaden davon. Werden ganze Paletten aufgrund eines noch so kleinen Makels abgewiesen, landen die Bananen in den Futtertrögen von Schweinen oder Kühen. Auch diesen Verlust tragen laut Santiago die Zwischenhändler.

Der Druck, den die multinationalen Konzerne auf ihre Zulieferer ausüben, ist also enorm. Und diese geben ihn direkt an die Produzenten weiter. Die Verantwortung für die Gesundheit und das Auskommen der Arbeiterinnen und Arbeiter, die auf den Plantagen schuften, bleibt an den Plantagenbesitzerinnen hängen.

Chiquitas Verantwortung

Im aktuellen Nachhaltigkeitsbericht schreibt Chiquita: «Wir fordern von unseren Mitarbeitern und allen in unserem Namen tätigen Mitarbeitern – einschliesslich Geschäftspartnern, Lieferanten, Dienstleistern, unabhängigen Auftragnehmern und jedem ihrer Subunternehmer – die Einhaltung aller Gesetze und Vorschriften in den Ländern, in denen sie und Chiquita tätig sind.» Abgesehen davon, dass die Einhaltung der lokalen Gesetze eine Selbstverständlichkeit sein sollte: Die Bananenindustrie wird seit über einem Jahrhundert von internationalen Konzernen dominiert, die so mächtig sind, dass sie die Spielregeln im Markt festlegen können. Vielfach haben sie in der Vergangenheit in die Politik eingegriffen, um sich eine günstige Ausgangslage zu sichern.

Nachhaltigkeitsbroschüren reichen nicht, um eine Verbesserung der Arbeitssituation in den Produktionsländern herbeizuführen. Und durch Freiwilligkeit allein ändert sich offensichtlich nichts. Marktführer wie Chiquita müssen verpflichtet werden, menschenrechtliche Sorgfaltsprüfungen vorzunehmen, wie es etwa die Konzernverantwortungsinitiative fordert. Erst wenn die multinationalen Unternehmen die negativen Auswirkungen ihrer Aktivitäten entlang der gesamten Produktionskette regelmässig analysieren, können sie auch die richtigen Massnahmen zur Verhinderung von Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen treffen.

Die Konzernverantwortungsinitiative fordert ausserdem, dass die Firmen öffentlich über identifizierte Risiken und getroffene Massnahmen berichten. Im Falle der Bananen dürfte man entsprechend Aussagen zu den drängendsten Problemen wie missbräuchliche

Kinderarbeit, Korruptionspraktiken, die häufigen Vergiftungsfälle durch Pestizide, die Vertragslosigkeit oder die fehlenden Sozialversicherungen bei den Zulieferbetrieben erwarten.

Der ganze Bananensektor sei von diesen Missständen durchdrungen, erzählt man uns im Süden Ecuadors immer wieder. Wir haben bei unseren Recherchen keinerlei Hinweise darauf gefunden, dass die Situation auf Chiquita zuliefernden Plantagen grundlegend anders wäre – weshalb wir davon ausgehen, dass auch Chiquita in seiner ecuadorianischen Lieferkette mit solchen Problemen konfrontiert ist. Inwiefern sich der Konzern dieser Risiken bewusst ist, er diese analysiert und Massnahmen zur Verhinderung von Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen ergreift, bleibt unklar. Zu unseren detaillierten Fragen wollte Chiquita keine Stellung nehmen.

Hoffen auf Montag

In Pasaje, einem Dorf in der Nähe von Machala, sitzen kurz nach 5 Uhr morgens rund achtzig Personen auf dem Trottoir-Rand und auf Holzbänken oder lehnen an Geländern. Sie schwatzen, beobachten den Platz und bergwöhnen jene, die neu hier sind. Wer gestern seinen mündlichen Vertrag für heute noch nicht abgeschlossen hat, hofft, bis etwa 6.30 Uhr doch noch Arbeit zu finden.

Allerdings sind Mittwoch und Donnerstag, die erfahrungsgemäss besten Tage, bereits vorbei. «Heute dürfte es schwierig werden», sagt Ernesto und lächelt. Seit Jahrzehnten arbeitet er auf Bananenplantagen. Er hat sieben Kinder und vierzehn Enkel. Dennoch muss der 67-jährige weiterarbeiten, «mir bleibt nichts anderes übrig». Das Rentensystem in Ecuador funktioniert kaum – falls man etwas Geld abholen kann, reicht es nicht zum Überleben.

Ob sich Chiquita der Risiken bewusst ist, ob der Konzern diese analysiert und Massnahmen zur Verhinderung von Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen ergreift – wir wissen es nicht.

Plötzlich taucht ein Lastwagen auf. Die gestern Ausgewählten springen auf die Ladefläche, klammern sich ans Metallgerüst und brausen an den Zurückgebliebenen vorbei. Ernesto geht kurz darauf nach Hause, wie die meisten anderen Männer. Er kann nur hoffen, am Montag wieder mitgenommen zu werden. ■





Das giftige Milliardenengeschäft der Agrochemiegiganten

© Ramiro Aguilar Villamarín

Unsere jüngste, zusammen mit Uearthed durchgeführte Recherche zeigt, dass die fünf führenden Agrochemiekonzerne 2018 einen Drittel ihrer Pestizidumsätze mit dem Verkauf von für Mensch oder Umwelt hochgiftigen Substanzen erzielt haben. Die wichtigsten Absatzmärkte sind Entwicklungs- und Schwellenländer mit schwächeren Regulierungen und höheren Risiken für die Bevölkerung.

LAURENT GABERELL UND GÉRALDINE VIRET

Der Spiegel, die ARD-Sendung Monitor, The Guardian, Le Monde oder der Tagesanzeiger: In der Schweiz, Deutschland, Frankreich und Grossbritannien haben wichtige Medien über unsere Recherche zum globalen Geschäft der Agrochemiegiganten mit hochgefährlichen Pestiziden berichtet. In Zusammenarbeit mit Uearthed, der Rechercheabteilung von Greenpeace UK, zeigten wir im Februar auf, wie wenig die Beschwichtigungen der Agrarmultis mit der Realität zu tun haben.

BASF, Bayer, Corteva, FMC und Syngenta – diese fünf Agrochemiekonzerne aus Deutschland, den USA und der Schweiz kontrollieren zusammen über 65 Prozent des globalen Pestizidmarktes, dessen Wert für 2018

auf 57,6 Milliarden US-Dollar geschätzt wurde. Mithilfe ihrer Lobbyorganisation CropLife International üben die Konzerne starken Druck auf die internationalen Debatten zur Regulierung von Pestiziden aus. Sie wollen uns weismachen, dass ihre «Pflanzenschutzmittel» der nachhaltigen Ernährung der Menschheit dienen und dass sie die Sicherheit der Bäuerinnen und Landarbeiter, der lokalen Bevölkerung und der Umwelt gewährleisten könnten. Tatsächlich?

Eine umfassende Analyse

Während mehrerer Monate haben wir umfassende Daten der auf Marktanalysen spezialisierten Firma Phillips

McDougall ausgewertet. Darin sind für 2018 Pestizidverkäufe in der Höhe von insgesamt 23,3 Milliarden Dollar enthalten. Diese Daten decken etwa 40 Prozent der weltweiten Pestizidverkäufe für die Landwirtschaft ab und fokussieren auf die meistverkauften Produkte sowie die grössten Märkte – insgesamt 43 Länder. Für unsere Analyse haben wir sie mit der Liste der hochgefährlichen Pestizide des internationalen Pesticide Action Network (PAN) abgeglichen, die auf Einstufungen durch Regierungen und internationale Behörden beruht.

Die Erkenntnis: Entgegen den Behauptungen von CropLife sind die fünf grössten Agrochemiekonzerne Spitzenreiter im globalen Geschäft mit den gefährlichsten und umstrittensten Pestiziden. Gemäss unserer Analyse haben die fünf Konzerne 2018 35 Prozent ihrer Pestizidumsätze mit für Mensch oder Umwelt hochgefährlichen Stoffen erzielt. Auf diese Kategorie entfallen 4,8 Milliarden Dollar der insgesamt 13,4 Milliarden Dollar an Pestizid-Umsätzen der «Big Five», die von der Datenbank abgedeckt werden. Die tatsächlichen Umsatzzahlen sind mit Sicherheit höher. Doch die vertiefte Analyse der uns verfügbaren Daten gibt dennoch einen Überblick, welchen Gefahren Menschen und Umwelt insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern durch diese giftigen Stoffe ausgesetzt sind.

Krebs und Fehlbildungen

Über ihre Lobbyorganisation CropLife positionieren sich die betroffenen Konzerne als verantwortungsvolle Unternehmen, welche «Innovationen fördern», um «hochgefährliche Pestizide durch neue, weniger giftige Produkte zu ersetzen». Doch unsere Recherche zeigt: 2018 haben BASF, Bayer, Corteva Agriscience, FMC und Syngenta 22 Prozent ihrer Umsätze – rund 3 Milliarden Dollar – mit Pestiziden erzielt, die bei wiederholter und langfristiger Exposition selbst in niedrigen Dosen verheerende Folgen für die menschliche Gesundheit haben können. Darunter sind 54 Stoffe, die von nationalen oder internationalen Behörden als wahrscheinlich krebserregend, fortpflanzungsgefährdend oder hormonaktiv eingestuft werden.

Das mit Abstand meistverkaufte dieser Pestizide ist das höchst umstrittene Glyphosat, das von der Internationalen Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation WHO 2015 als für Menschen «wahrscheinlich krebserregend» eingestuft wurde. Prominent vertreten ist auch das von Bayer vertriebene Fungizid Epoxiconazol, das nicht nur, gemäss der US-Umweltschutzbehörde (US EPA), «wahrscheinlich krebserregend» ist, sondern von der Europäischen Chemikalienagentur ECHA zudem als «fortpflanzungsgefährdend» eingestuft wird. Frankreich hat die Substanz vor Kurzem verboten, in der EU und der Schweiz ist sie nach wie vor erlaubt (siehe Kasten auf der nächsten Seite).

Akut hochgiftige Pestizide

Vier Prozent ihres Umsatzes, also etwa 600 Millionen Dollar, haben die fünf CropLife-Konzerne gemäss unserer Analyse mit Pestiziden erzielt, die für Menschen akut hochgiftig sind. Syngenta allein ist für zwei Drittel dieser Verkäufe verantwortlich.

Insgesamt finden sich 21 akut hochgiftige Pestizide unter den Bestsellern der CropLife-Konzerne. Die meistverkaufte Substanz ist ein Insektizid aus dem Hause Syngenta: Lambda-Cyhalothrin. Obwohl es von der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) als «tödlich bei Einatmung» eingestuft wird, ist es in der EU und in der Schweiz noch immer zugelassen. Erwähnt werden muss auch Paraquat – ein altbewährter Verkaufsschlager des Basler Konzerns, der auf Schweizer Böden seit über 30 Jahren verboten ist. Das Herbizid, welches auch das Risiko für eine Parkinson-Erkrankung erhöhen kann, ist so giftig, dass die versehentliche Einnahme eines einzigen Schlucks tödlich sein kann.

Entgegen den Behauptungen von CropLife sind die fünf grössten Agrochemiekonzerne Spitzenreiter im globalen Geschäft mit den gefährlichsten und umstrittensten Pestiziden.

Solch hochgefährliche Substanzen können nie vollständig sicher angewandt werden – und erst recht nicht in ärmeren Ländern und unter tropischen Bedingungen. Laut Schätzungen der WHO verursachen Pestizide jedes Jahr etwa 25 Millionen akute Vergiftungen, darunter 220 000 Todesfälle. Aber diese Zahlen stammen aus dem Jahr 1990! «Unsere Forschung zeigt, dass die Probleme heute viel grösser sind, denn der Pestizideinsatz in Entwicklungsländern hat in den letzten dreissig Jahren explosionsartig zugenommen», sagt Meriel Watts, wissenschaftliche und politische Beraterin des PAN-Netzwerks.

Die Bientötter

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf der ganzen Welt schlagen angesichts des rasch fortschreitenden Artensterbens Alarm. Derweil haben die Agrochemiekonzerne gemäss unserer Analyse 2018 zehn Prozent ihres Umsatzes mit Pestiziden erzielt, die hochgiftig für Bienen sind. 37 Substanzen mit einem Gesamtumsatz von 1,3 Milliarden Dollar fallen in diese Kategorie. Unter den Bestsellern sind Thiamethoxam von Syngenta und Imidacloprid von Bayer, zwei Neonikotinoide, die 2018 nach einem langen Rechtsstreit auf den Äckern der EU und der Schweiz verboten worden sind. Syngenta ist insgesamt für fast die Hälfte der «Bientötter»-Verkäufe verantwortlich.

In Brasilien, dem wichtigsten Abnehmer dieser Produkte, starben letztes Jahr innerhalb dreier Monate 500 Millionen Bienen. Hauptursache waren gemäss einer Recherche der brasilianischen NGOs Agência Pública und Reporter Brasil Neonikotinoide und Fipronil, ein Insektizid, das von BASF und Bayer verkauft wird.

«Molekular-Kolonialismus»

Die bevorzugten Märkte der fünf Agrochemie Giganten sind Entwicklungs- und Schwellenländer. Gemäss den Daten von Phillips McDougall entfallen fast sechzig Prozent ihrer Verkäufe von hochgefährlichen Pestiziden auf diese Länder. Die Konzerne nutzen schwache Regulierungen aus, um Produkte weiterhin verkaufen zu können, die in der EU und in der Schweiz bereits verboten sind. Das sei nichts anderes als «Molekular-Kolonialismus», sagt Larissa Bombardi, die Autorin eines Atlas über den Pestizideinsatz in Brasilien, wo so viele Pestizide versprüht werden wie nirgends sonst.

Im Land von Jair Bolsonaro entfallen 49 Prozent der Verkäufe von Syngenta, Bayer und Co. auf hochgefährliche Pestizide. In Indien liegt dieser Anteil sogar bei 59 Prozent. In Frankreich und Deutschland, den beiden wichtigsten europäischen Märkten der CropLife-Konzerne, liegt er dagegen nur bei 11 respektive 12 Prozent. Der international renommierte Toxikologe Christopher Portier zeigt sich beunruhigt über diese geografische Verteilung: «Ich finde es irritierend, dass der Westen offenbar so viel Profit aus dem Verkauf von Produkten zieht, die er auf seinen eigenen Feldern nicht haben

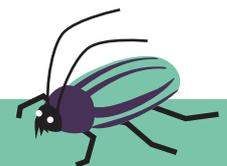
will.» Was die Situation in seinen Augen noch schlimmer macht: «Menschen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen sind den Pestiziden stärker ausgesetzt und tragen damit ein höheres Risiko für chronische Krankheiten und akute Vergiftungen.»

In Brasilien betrifft der Löwenanteil der Verkäufe (63 Prozent) Pestizide für Sojabohnen, die auf riesigen Feldern für den globalen Futtermittelmarkt für Hühner, Schweine, Rinder und Fische angebaut werden. Die unkontrollierte Ausdehnung von pestizidintensiven Monokulturen trägt wesentlich zur Abholzung im Amazonas-Regenwald und im Savannengebiet Cerrado bei; zwei der wichtigsten Kohlenstoffsinken und Biodiversitätshotspots der Welt.

Nicht eingehaltene Versprechen

Für Baskut Tuncak, den UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte und toxische Substanzen, ist klar, dass die Pestizidhersteller ihr Versprechen, die giftigsten Substanzen vom Markt zu nehmen, nicht eingehalten haben. «Ob sie Arbeiterinnen und Arbeiter vergiften, die biologische Vielfalt zerstören, die Umwelt verschmutzen, oder sich in der menschlichen Muttermilch anreichern: Hochgefährliche Pestizide sind nicht nachhaltig und müssten längst weltweit vom Markt genommen worden sein.» •

Unsere detaillierten Resultate finden Sie unter:
publiceye.ch/pestizidmarkt



Tonnen hochgefährlicher Pestizide auch auf Schweizer Feldern

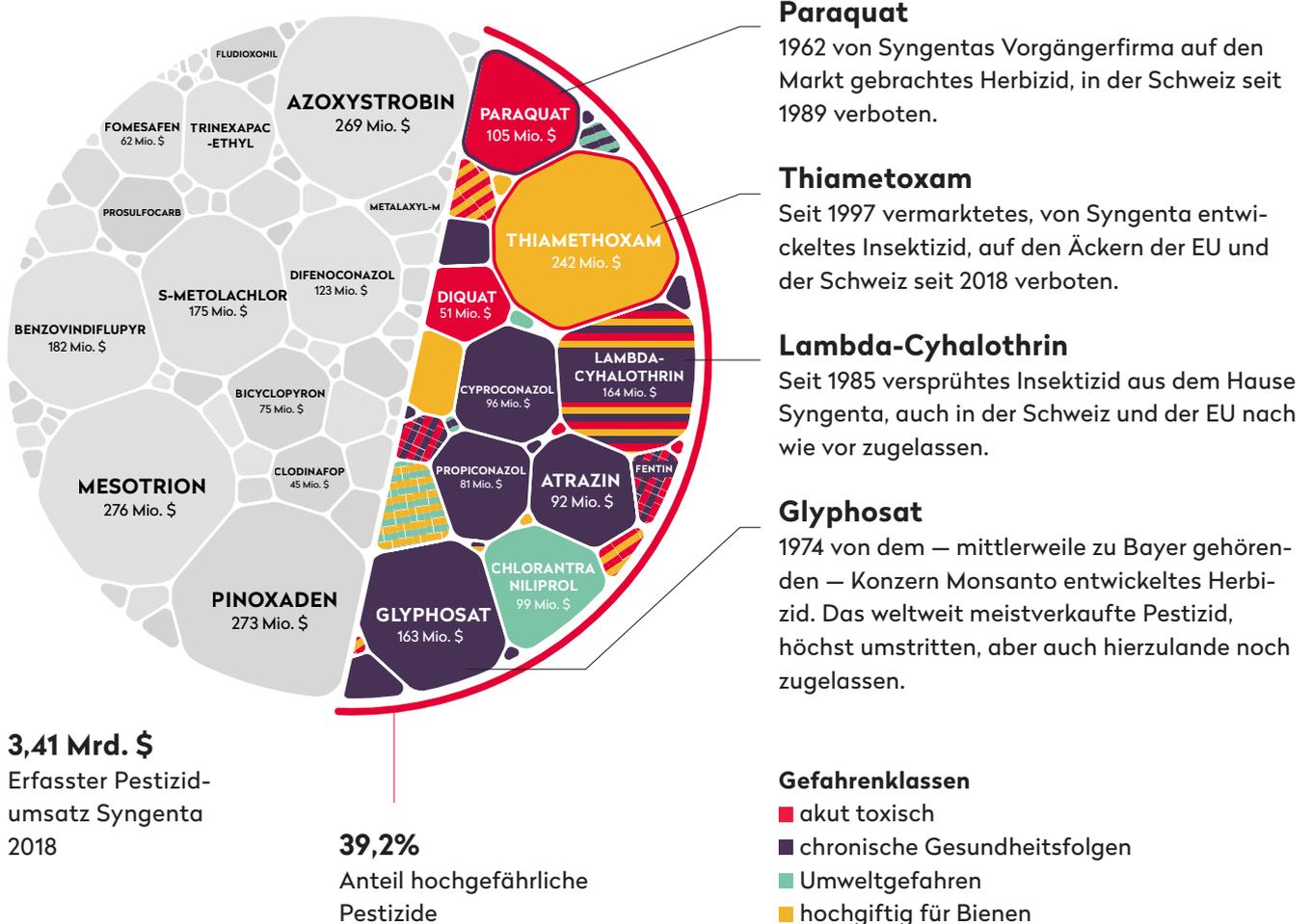
Da die Daten von Phillips McDougall die Schweiz nicht abdecken, haben wir die verfügbaren, von den Konzernen selbst veröffentlichten Informationen mit den Pestizidverkaufsdaten des Bundesamts für Landwirtschaft (BLW) abgeglichen. Es zeigte sich, dass CropLife-Konzerne auch in der Schweiz 26 Pestizide verkaufen, die auf der schwarzen Liste von PAN stehen. Dreizehn dieser hochgefährlichen Substanzen werden von Syngenta vermarktet.

Mit 152 verkauften Tonnen an der Spitze der Liste steht Glyphosat, das in der Schweiz mit Abstand am meisten verwendete Pestizid. Dahinter folgt mit 65 Tonnen Mancozeb. Dieses Fungizid, das hauptsächlich

auf Weizen- und Kartoffelfeldern eingesetzt wird, wurde von der US-Umweltschutzbehörde als «wahrscheinlich krebserregend» beurteilt, und die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit hat es kürzlich als hormonaktiven Stoff eingestuft. Gegenüber dem Westschweizer Fernsehen RTS erklärte das BLW kürzlich, dass man erwarte, dass sowohl die Zulassung von Mancozeb wie auch Epoxiconazol «in der EU bald überprüft» werde. Man werde die Resultate dieser Evaluation analysieren und dann ausgehend von den Resultaten die «notwendigen Massnahmen» ergreifen. Die Schweiz hat erst kürzlich die Verwendung von zwei hochgefährlichen Pestiziden, die von CropLife-Konzernen verkauft werden – Chlorpyrifos und Chlorothalonil –, verboten.

Die hochgefährlichen Bestseller von Syngenta

In den Daten der Marktanalysefirma Phillips McDougall für das Jahr 2018 finden sich Syngenta-Pestizidverkäufe in der Höhe von insgesamt 3,41 Milliarden US-Dollar. Zwei Fünftel davon betreffen hochgefährliche Pestizide, mit vier dieser Substanzen erzielte Syngenta dreistellige Millionengewinne.



Paraquat

1962 von Syngentas Vorgängerfirma auf den Markt gebrachtes Herbizid, in der Schweiz seit 1989 verboten.

Thiamethoxam

Seit 1997 vermarktetes, von Syngenta entwickeltes Insektizid, auf den Äckern der EU und der Schweiz seit 2018 verboten.

Lambda-Cyhalothrin

Seit 1985 versprühtes Insektizid aus dem Hause Syngenta, auch in der Schweiz und der EU nach wie vor zugelassen.

Glyphosat

1974 von dem – mittlerweile zu Bayer gehörenden – Konzern Monsanto entwickeltes Herbizid. Das weltweit meistverkaufte Pestizid, höchst umstritten, aber auch hierzulande noch zugelassen.

© Nadieh Bremer (Visual Cinnamon)

Die Antwort von CropLife

Auf Anfrage schrieb uns CropLife International, man kommentiere keine «Aspekte zu bestimmten Produkten oder kommerziellen Interessen» seiner Mitglieder. Der Lobbyverband wies die PAN-Liste zurück und betonte, es sei normal, dass ein Pestizid in bestimmten Ländern nicht registriert sei – aus wirtschaftlichen Gründen oder weil es nicht benötigt werde. Bayer erklärte, dass der Konzern «die Risiken durch das eigene Portfolio weltweit nach hohen Standards und Methoden überprüft, zugeschnitten auf die spezifischen agronomischen Gegebenheiten der Länder, in denen Bayer tätig ist». Alle anderen Konzerne verwiesen auf die Antwort von CropLife.

Die vollständige Stellungnahmen finden Sie unter: publiceye.ch/pestizidmarkt

Seltene Krankheiten als neue Pharma-Goldgrube

Lange Zeit interessierten sich Pharmakonzerne kaum für die Behandlung von seltenen Krankheiten. Doch das hat sich geändert. Novartis aus Basel steht mit seinen Gentech-Therapien an der Spitze eines Trends, der sich – trotz der begrenzten Anzahl von Patientinnen und Patienten – als äusserst rentabel erweist.

PATRICK DURISCH

Die teuerste Behandlung der Welt wird von Novartis angeboten. Sie kostet 2,1 Millionen US-Dollar. Pro Spritze. Zolgensma heisst das Mittel zur Behandlung der infantilen spinalen Muskelatrophie, einer seltenen genetischen Störung, an der eines von 10 000 Kindern leidet und die unbehandelt zu Muskelschwund, Atemnot und schliesslich zum Tod führt. Die Gentherapie ist derzeit nur in den USA zugelassen. Trotzdem ist sie ein weltweiter Skandal – aus verschiedenen Gründen.

Erstens hat Novartis nichts zur Entwicklung der Behandlung beigetragen, die dank Spenden der Stiftung Telethon ermöglicht wurde. Der Basler Konzern hat einfach für über acht Milliarden Dollar das Start-up aufgekauft, das die Therapie entwickelt hat. Der nun für die Behandlung veranschlagte Preis ist somit schlicht das Resultat spekulativer finanzieller Überlegungen. Doch Novartis ging sogar soweit, zu behaupten, dass 2 Millionen Franken für eine Behandlung im Verhältnis zu den Kosten bisheriger Therapiemöglichkeiten langfristig ein «gutes Geschäft» seien. Dabei ist zum jetzigen Zeitpunkt unklar, wie lange die Wirkung einer einzelnen Zolgensma-Spritze überhaupt anhält.

Schliesslich hat der Basler Konzern Anfang 2020 eine zynische Lotterie lanciert: In Ländern, in denen Zolgensma noch nicht zugelassen ist – unter ihnen die Schweiz – werden durch Losentscheid hundert Kinder bestimmt, die eine kostenlose Behandlung erhalten. Per Auslosung über Leben oder Tod eines Kindes zu bestimmen – so etwas hat es noch nie gegeben. An der Aktionärsversammlung von Ende Februar hat Public Eye das Vorgehen von Novartis scharf kritisiert, welches in eklatantem Gegensatz zu den «höchsten ethischen Standards» steht, mit denen sich der Konzern gerne rühmt.

Nicht «wirtschaftlich»

Ein anderes Beispiel: Als die US-Firma Vertex 2016 die Zulassung für Orkambi, ein neues Medikament gegen zystische Fibrose, bekanntgab, schöpften die rund tausend an dieser genetischen Krankheit leidenden Menschen in der Schweiz neue Hoffnung. Die Behandlung heilt zwar nicht die Krankheit, die von Kindheit an die Lunge und das Verdauungssystem schädigt, verlangsamt aber deren Verlauf. Nur: Vier Jahre später wird Orkambi in der Schweiz, anders als in unseren Nachbarländern, immer noch nicht automatisch von der Grundversicherung übernommen. Grund dafür ist der Preis von 160 000 Franken pro Jahr, der nach Ansicht der Schweizer Behörden das Kriterium der «Wirtschaftlichkeit» nicht erfüllt, da die Behandlung lebenslang erfolgen muss. Diverse (geheime) Verhandlungsrunden verliefen bislang erfolglos. Derweil steht bereits eine neue Behandlung derselben Firma in der Schweiz vor der Zulassung. Das neue Medikament namens Trikafta soll noch wirksamer sein. In den USA kostet es 310 000 Franken pro Jahr.

Kranke in Geiselhaft

Von Parlamentsmitgliedern und Patientengruppen wurden die Schweizer Behörden kritisiert, kaum aber der ungerechtfertigte Preis, den das Pharma-Unternehmen fordert – die eigentliche Ursache des Problems. Dies, obwohl die Entwicklung von Orkambi durch Investitionen von Behörden und philanthropischen Organisationen wie der Cystic Fibrosis Foundation überhaupt erst ermöglicht wurde. Dennoch bleibt das Unternehmen in der Frage des Preises kompromisslos und nimmt die Patientinnen und Patienten in Geiselhaft.

In Grossbritannien wurde das Medikament schliesslich in die Grundversicherung aufgenommen, nachdem Vertex unter Druck gesetzt worden war und den Preis für Orkambi hatte senken müssen. Entsprechend diesem Beispiel forderte Public Eye die Schweizer Behörden auf, das Instrument der Zwangslizenz zu nutzen. Derweil schliessen sich Eltern von betroffenen Kindern als «Buyers Club» zusammen, um selbstständig ein viel billigeres Generikum zu importieren. Und die Schweizerische Gesellschaft für Cystische Fibrose (CFCH) gab Anfang Februar bekannt, dass sie ihren Sponsoringvertrag mit Vertex aufgelöst hat. Ein starkes, bisher einmaliges Zeichen einer Patientenorganisation in der Schweiz.

Widerstand auf europäischer Ebene

Zuletzt gab in den Niederlanden die Behandlung Lutathera von Novartis zu reden, die gegen eine Art neuroendokriner Tumore eingesetzt wird. Der Konzern nutzte

die Marktexklusivität aus, um den Preis zu versechsfachen, obwohl die Behandlung dank öffentlicher Forschung entwickelt wurde. Doch nun regt sich auf europäischer Ebene Widerstand gegen solche Missbräuche: Angeführt vom niederländischen Gesundheitsminister fordern mehrere Behörden eine Überprüfung der Regeln für die Behandlung seltener Krankheiten. Zwar ist unbestritten, dass Forschung und Entwicklung in diesem Bereich durch Anreize gefördert werden müssen. Die skrupellose Privatisierung öffentlicher Forschung und die überhöhten Preise der Pharmakonzerne jedoch sollen eingeschränkt werden. Es geht darum, für Behandlungen seltener Krankheiten, die mit öffentlichen Mitteln entwickelt wurden, Zugangsklauseln (das heisst erschwingliche Endpreise) einzufordern.

In der Schweiz geschieht bislang nichts dergleichen. Soll eine Zweiklassen-Medizin verhindert werden, wären unsere Behörden gut beraten, die Debatte auch hierzulande zu eröffnen. ■

«Orphan Drug» – ein begehrter Sonderstatus

Mit den Fortschritten der genetischen Sequenzierung und der personalisierten Medizin verstärken die Pharmakonzerne ihre Bemühungen, Behandlungen für seltene Krankheiten zu entwickeln – ein Bereich, der lange Zeit vernachlässigt worden war, weil er als zu wenig rentabel galt. Beim Umschwung spielte Glivec, ein Krebsmedikament von Novartis gegen eine seltene Form von Leukämie, eine Schlüsselrolle; es zeigte, dass auch ein Medikament für eine seltene Krankheit über eine Milliarde US-Dollar pro Jahr – 54 Milliarden Dollar seit der Markteinführung – einbringen kann.

Der Status als Behandlung für seltene Krankheiten, auf Englisch «Orphan Drug», wird bei Leiden gewährt, die nicht mehr als 5 von 10 000 Personen treffen. Der Status wurde ursprünglich 1983 in den USA zur Förderung von Forschung und Entwicklung zu rund 7000 aufgelisteten seltenen Krankheiten eingeführt und dann in den 2000er-Jahren auch in der Schweiz und der EU übernommen. Seitdem ist die Zahl der Zulassungen für Orphan Drugs stetig gestiegen: Gegenüber 2017 haben sich die Zulassungen 2018 in der EU von 12 auf 21 beinahe verdoppelt, in den USA stieg die Zahl von 24 auf 42. In der Schweiz hat Swissmedic im Jahr 2019 14 Behandlungen für seltene Krankheiten zugelassen – beinahe die Hälfte der 30 neu zugelassenen Präparate.

Der Status als «Orphan Drug» ist mit erheblichen kommerziellen Vorteilen verbunden:

- Eine vereinfachte Zulassung, die schneller abgeschlossen ist und weniger Aufwand bedeutet.
- Eine Dauer der Marktexklusivität (Monopol), die die Patentedauer verlängern kann.
- Geringere Entwicklungskosten aufgrund der verkürzten Dauer klinischer Studien und der begrenzten Anzahl Teilnehmender.
- Forschung und Entwicklung im Bereich seltener Krankheiten werden durch beträchtliche öffentliche Mittel sowie Spendenaktionen (z.B. durch Telethon) gefördert.
- Unternehmen können das Thema emotionalisieren, indem sie betroffene Patientinnen und Patienten ermuntern, während Preisverhandlungen Druck auf die Behörden auszuüben.

Die Tendenz ist klar: Den Preissteigerungen scheinen keine Grenzen mehr gesetzt zu sein, die Relation zu den tatsächlich getätigten Eigeninvestitionen schwindet. Und wir zahlen für diese Medikamente stets doppelt: erst über die Steuern und dann für die überhöhten Endpreise.



Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye ganz genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Dienesstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
 Tel. +41 (0) 44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch, Postkonto 80-8885-4

publiceye.ch

[@publiceye_ch](https://www.instagram.com/publiceye_ch) [publiceye.ch](https://www.facebook.com/publiceye.ch) [@publiceye_ch](https://www.instagram.com/publiceye_ch)



Globale
 Gerechtigkeit
 beginnt bei uns
Public Eye